

H. E. E.

11. 12

H. E. E. 11ⁿ

Beneke

<36625629680015



<36625629680015

Bayer. Staatsbibliothek

Die
Ausbildung der Kolonialbeamten.

Im Auftrage der deutschen Kolonialgesellschaft
unter Benutzung amtlicher Quellen

dargestellt

von

Dr. Max Beneke.



Berlin.

Carl Heymanns Verlag.

1894.

Die
Ausbildung der Kolonialbeamten.

Im Auftrage der deutschen Kolonialgesellschaft
unter Benutzung amtlicher Quellen

dargestellt

von

Dr. Max Beneke.



Berlin.

Carl Heymanns Verlag.

1894.



Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin W.



Verlags-Archiv 2214.

Es geschieht meines Wissens in der deutschen Litteratur zum ersten Mal, dass, wie in der vorliegenden Schrift, die in den fremden Kolonialländern bestehenden Einrichtungen für Ausbildung und Anstellung der Kolonialbeamten übersichtlich geschildert werden. Die Deutsche Kolonialgesellschaft heisst deshalb diese Arbeit gern als einen Versuch willkommen, um für das Studium dieser wichtigen Frage als erste Grundlage zu dienen, auf welcher im Interesse der Gewinnung einer zweckentsprechenden Fachausbildung der deutschen Kolonialbeamten weiter gearbeitet werden kann. In diesem Sinne lässt die Deutsche Kolonialgesellschaft die kleine Schrift unter ihrem Namen erscheinen und hofft, dass sie zu weiteren Arbeiten anregen werde.

Berlin, im Mai 1894.

Dr. H. Bokemeyer,

Generalsekretär

der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Vorwort.

Gelegentlich verschiedener Reisen nach England, Frankreich, Holland, Spanien, Algier und Marokko in den Jahren 1890—1892, auf denen ich einerseits die Ausbildung der Kolonialbeamten im Mutterlande, andererseits das Leben in den Kolonien, bezw. das Verhältniss der Europäer zu den — überwiegend mohammedanischen — Eingeborenen, die sogenannte „Question indigène,“ studirte, entstand in mir der Gedanke von der Nothwendigkeit einer besonderen Fachvorbildung der Kolonialbeamten und Kolonisten im Allgemeinen schon im Mutterlande. Diese Idee wurde durch die Ereignisse der unmittelbar vorhergehenden Jahre, die Gründung der école coloniale in Paris, des Colonial College in England und des Orientalischen Seminars in Berlin, nur bestätigt und bestärkt.

Im Sommer 1893 theilte ich das Resultat meiner Studien in einem vor der „Gesellschaft für vergleichende Rechts- und Staatswissenschaft“ zu Berlin gehaltenen Vortrage mit.

Bei der im März 1894 in Berlin abgehaltenen Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde bei Besprechung einer Resolution über die systematische Erforschung der wirthschaftlichen und rechtlichen, der klimatischen und geographischen Verhältnisse unserer Schutzgebiete auf die Wichtigkeit der Vorbildung unserer Kolonialbeamten hingewiesen. Auf eine Anregung des Vorsitzenden der Abtheilung Hannover, Herrn Grafen Dürkheim, erging an mich seitens des Herrn Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft Seiner Durchlaucht dem Fürsten Hohenlohe-

Langenburg die ehrenvolle Aufforderung, das von mir bisher gesammelte Material der Kolonialgesellschaft zur Verfügung zu stellen.

So ist in kürzester Frist die vorliegende Schrift zum Druck vorbereitet worden, da der Wunsch bestand, dieselbe womöglich noch den Mitgliedern des am 28. Mai 1894 in Brüssel zum ersten Mal zusammentretenden Institut Colonial zur Kenntnissnahme zu unterbreiten und so vielleicht weitere Anregung zu einer internationalen Behandlung der Frage zu geben.

Die Aufgabe, die ich mir gestellt habe, war lediglich die, den gegenwärtigen Stand der Einrichtungen für die Ausbildung der Kolonialbeamten in den uns kulturell am nächsten stehenden Kolonialstaaten in einer dem deutschen Leser verständlichen Form ohne näheres Eingehen auf unseren Verhältnissen nicht entsprechende Details darzustellen. Eine alle einschlagenden Verhältnisse würdigende historische Behandlung, die vom Standpunkte der Kolonialwissenschaft höchst wünschenswerth wäre, setzt umfangreichere Studien insbesondere auch der hier nicht zugänglichen Quellen voraus, als mir bei der Kürze meines Aufenthaltes im Auslande zu machen vergönnt war.

Zum Schlusse sehe ich mich gedrängt, allen denen, die mir bei der Ausarbeitung des vorliegenden Schriftchens ihren Rath und ihre Hülfe haben zu Theil werden lassen, meinen aufrichtigsten Dank zu sagen, vor allem dem Vorstande der Deutschen Kolonialgesellschaft sowie der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes, von der mir die in Frage kommenden Akten bereitwilligst zur Verfügung gestellt wurden, ferner den Herren Professoren Dr. van der Lith in Leyden und Dr. Rost — bis vor kurzem Bibliothekar des Indian Office — in London, die mir nicht nur vor Jahren auf meiner Reise, sondern auch jetzt bei der Durcharbeitung des Stoffes ihre Unterstützung in freundlichster Weise gewährt haben.

Berlin, Anfang Mai 1894.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Geleitsworte	III
Vorwort	V
Einleitung (Spanien, Russland)	1
I. Holland: Geschichtlicher Ueberblick	8
A. Das Groot-ambtenaars examen	11
Die Akademie zu Delft	18
B. Das Ergänzungsexamen	19
II. Der indische „Civil Service“	31
Die Reform von 1892	39
Das Colonial College	45
III. Frankreich. Die école coloniale	52
A. Die Abtheilung der Eingeborenen	56
B. Die europäische Abtheilung	57
IV. Allgemeine Grundsätze	68
V. Deutschland	70

Einleitung.

Fast solange es Kolonien giebt, besteht auch die Frage: Wer ist am geeignetsten zur Verwaltung derselben? Kolonien im modernen Sinne von Ländergebieten einer nicht europäischen Kultur oder Halbkultur verstanden, die ihre politische und wirtschaftliche Selbstbestimmung gegen das Recht auf Schutz und Unterstützung in jeder kulturellen Beziehung eingetauscht haben.

Solange in dem „heidnischen“ Eingeborenen nur das schwarze Elfenbein, die gut bezahlte Waare geschätzt und eine rücksichtslose Ausbeutung durch den besonders wegen seiner Feuerwaffen überlegenen Europäer nach bestimmten Systemen, wie es von den Spaniern schon zu ältester Zeit (im XVI. Jahrhundert) durch die sogenannten Ripartimientos geschah, nicht nur als erlaubt, sondern als ein Gott wohlgefälliges Werk galt, bedurfte es einer besonderen „Ausbildung“ der „Kolonisatoren“ nicht. Wer einigermaßen die Büchse und den Degen zu führen verstand, konnte ja schon damit dem armen Eingeborenen imponiren, umsomehr, wenn er vermöge eines aus der Heimath mitgebrachten Titels eine Ehrenstellung unter den Weissen einnahm.

Unzweifelhaft sind in der älteren, mit Blut geschriebenen Kolonialgeschichte, trotz der persönlichen Tüchtigkeit und Umsicht einzelner Führer, eines Cortez, eines Pizarro, unendlich viele Kräfte, Menschenleben und Güter, die einer friedlichen Entwicklung unschwer hätten erhalten werden können,

nutzlos dahingeopfert worden. Der blinde Religionsfanatismus des XVI. und XVII. Jahrhunderts trug nur dazu bei, die Gegensätze zwischen den Eingeborenen und den christlichen Eroberern noch zu verschärfen. Wie wenig sich im XVIII. Jahrhundert an dieser Sachlage geändert hat, das zeigen am besten die vielfachen Missgriffe in kolonialen Dingen, die noch in unserem Jahrhundert, ja noch in unseren Tagen den Ruhm der kolonisirenden Kulturstaaen befleckt haben.

Vielmehr als im Mutterlande kommt es in den Kolonien auf die individuelle Befähigung der einzelnen Beamten an, welche — oft plötzlich — in ihnen ungewohnte, in der Regel, wenigstens bisher, auch unbekannte Verhältnisse versetzt, zu einer leitenden oder doch verhältnissmässig unabhängigen Stellung berufen sind und die Angelegenheiten eines ausgedehnten und entwicklungsfähigen Gebietes zu ordnen haben.

Die der Berufstheilung der modernen Kolonialstaaten entsprechende Fachausbildung genügt für den Kolonisten und Kolonialbeamten in keiner Weise. Er bedarf des vorherigen Studiums der Sprache, der kulturellen und wirthschaftlichen Verhältnisse seines künftigen Wirkungskreises, er bedarf, und zwar vor allem in jungen Kolonien, wie sie unsere deutschen sind, besonderer Fertigkeiten und Kenntnisse, die im Mutterlande niemand von ihm fordern würde. Der Verwaltungsbeamte wie der Richter muss sich über die verschiedensten Angelegenheiten, Ackerbaufragen wie die wichtigen Zweige der Technik u. s. w. selbst ein Urtheil bilden können, da nur selten ein Sachverständiger zur Stelle sein wird, dessen Gutachten er nach der bequemen, aus der Heimath mitgebrachten Gewohnheit zu Grunde legen könnte.

Diese Erkenntniss hat seit längerer Zeit gerade die uns stammverwandten Engländer und Holländer zur Einrichtung einer Fachausbildung für die künftigen Kolonialbeamten und Kolonisten geführt. Frankreich ist ihrem Beispiele gefolgt, und auch bei uns dürfte die Einführung derselben nur eine Frage der Zeit sein.

Eine eigentliche Kolonialwissenschaft ist erst etwa seit einem Menschenalter im Entstehen begriffen. Nur von einem eingehenden Verständnisse der kolonisatorischen Aufgaben ist eine schnelle Förderung in der weiteren Entwicklung aller Kolonien zu erwarten. Die Einrichtung eines besonderen Kolonialstudiums muss nothwendigerweise auch die Kolonialwissenschaften beleben und befruchten. Wenn ältere Kolonialstaaten, wie Spanien und Portugal, dem Zuge der Zeit nach Einrichtung besonderer Kolonialschulen bisher nur im bescheidensten Maasse gefolgt sind, und Spanien sogar jüngst die richterlichen Beamten denen des Mutterlandes gleichgestellt und die abweichende Vorbildung derselben aufgehoben hat, — so liegt dies theils an der zerstreuten Lage ihrer Kolonien, theils daran, dass sich bereits ein fester quasi vererblicher Stand von Kolonialbeamten gebildet hat, endlich aber daran, dass durch den mehrhundertjährigen Besitz die Assimilation der Kolonien mit dem Mutterlande so weit vorgeschritten ist, dass gerade auf die wichtigsten und bevölkertsten derselben die Verwaltung und Rechtspflege des Mutterlandes ohne Schwierigkeiten übertragen werden konnte.

Die folgende Darstellung wird sich daher auf Holland, England und Frankreich beschränken, deren gesammte Kulturentwicklung mit der unserigen weit enger verbunden ist, als die der anderen Kolonialstaaten, Belgien und Italien eingeschlossen. Nur andeutungsweise mögen hier einige Bestimmungen über die spanische Kolonialkarriere¹⁾ Platz finden.

Die Grundlage für diese „tan interesante materia“, wie es in der Königlichen Verordnung vom 22. November 1885 heisst, bildet noch immer das vielfach abgeänderte Reglement vom 3. Juni 1866. Die Zivilbeamten zerfallen in 5 Klassen, deren Gehälter sich aus der folgenden Tabelle ergeben:

1. Jefes superiores	5000 Scudi ²⁾
2. Jefes de Administracion 1. Grades	4000 „

¹⁾ Zusammengestellt im Reglamento de las Carreras civiles de Ultramar; Madrid (J. Gongora) 1886.

²⁾ Umrechnungswerth = 2,10 Mk.

2. Jefes de Administracion	2. Grades	. . .	3500 Scudi
„ „ „	3. „	. . .	3000 „
3. Jefes de Negociado	1. „	. . .	2400 „
„ „ „	2. „	. . .	2000 „
„ „ „	3. „	. . .	1600 „
4. Oficiales	1. Grades		1400 „
„	2. „		1200 „
„	3. „		1000 „
„	4. „		800 „
„	5. „		600 „
5. Aspirantes á Oficial.			

Zu obigen Gehältern tritt noch ein entsprechender Wohnungsgeldzuschuss (sobre-sueldo por razón de residencia). Wenn auch die letzte Klasse, die Aspirantes á Oficial, Gehalt nicht bezieht — in Wirklichkeit werden die Aspirantes vielfach kommissarisch gegen Remuneration beschäftigt — so wird doch ihre Vorbereitungsdienstzeit wie bei dem französischen Stagiaire und dem deutschen Referendar auf die Gesamtdienstzeit angerechnet. Im II. Kapitel des Reglements von 1866 werden die Ehrenrechte, insbesondere Anreden und Titel (§ 19) und Uniformen (§ 22), im V. die Ernennung, im VI. die Einführung, im VIII. die Urlaubsverhältnisse³⁾, im IX. die Disciplinarstrafen und im X. Kapitel endlich die Pensionsverhältnisse der Kolonialbeamten behandelt.

Die die Anstellung und Vorbildung behandelnden Kapitel III und IV des Reglements von 1866 sind aufgehoben bis auf eine Bestimmung, nach der Beamte in den Kolonien mit solchen des Mutterlandes auf der gleichen Rangstufe ihre Stellen tauschen können. Noch bevor nach mehrfachen Aenderungen in der Gesetzgebung die Richter und Staats-

³⁾ Neuerdings wird, abgesehen von Krankheitsfällen, erst nach 2 Jahren ununterbrochenen Aufenthaltes in den Kolonien, Urlaub bewilligt (Dekret vom 26. April 1878), früher schon nach 1 Jahre. Die Urlaubsdauer für die Philippinen, Kuba, Puerto-Rico beträgt 8 Monate, für Fernando-Po nur 6 Monate.

anwälte in den Kolonien durch das königliche Dekret vom 29. Mai 1885 denen des Mutterlandes, auch in Bezug auf ihre Vorbildung, völlig gleichgestellt und das Rangverhältniss der richterlichen zu den staatsanwaltschaftlichen Beamten bestimmt worden, hat das Dekret vom 2. Oktober 1884 die Anstellungsbedingungen für die Verwaltungsbeamten in Cuba, in Puerto Rico und in den Philippinen geregelt. Nur für die fünfte Rangklasse der letzten Rangstufe *Oficial de Administracion*, also ganz junge Beamte, findet in der Regel die Ergänzung des Beamtenapparates statt, sodass die Vorbereitungszeit zu den eigentlichen höheren Verwaltungsstellen regelmässig schon in den Tropen absolvirt wird. Die Kandidaten müssen mindestens 21 Jahre alt sein, sich über gute Führung ausweisen und eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

1. Bekleidung des gleichen Amtes im Mutterland, oder
2. Zweijährige Beschäftigung als *Aspirante á Oficial* mit gutem Erfolge, oder
3. Besitz des Reifezeugnisses einer höheren Schule, oder der Diploms als *baccalaureus artium*, beziehungsweise Ablegung eines Examens auf einer konzessionirten Anstalt, insbesondere in der Arithmetik, im kaufmännischen Rechnen, in der Geographie, wie den Grundzügen des Verwaltungsrechts und der National-Oekonomie.

Ein ganz besonderes, vielleicht übertriebenes Gewicht legt die spanische Verwaltung auf das Alter der Kandidaten, jedoch im wesentlichen in Uebereinstimmung mit den im Mutterlande geltenden Grundsätzen. Das Minimal-Alter für die Anstellung als *Oficial* ist sehr niedrig, wie oben erwähnt, auf 21 Jahre festgesetzt. Dies erscheint um so bemerkenswerther bei der Erwägung, dass ein nicht unbeträchtlicher Theil der mit 21 Jahr ernannten *Oficiales* schon mehrere Jahre als *Aspirantes á Oficial* dem Staate gedient hat. Für die Vorbildung der letzteren bestehen keinerlei Vorschriften.

Ferner ist das Avancement an eine für die einzelnen Dienstgrade verschieden bemessene Minimaldienstzeit in der vorhergehenden Stufe gebunden. Das Maximalalter des spanischen Kolonialbeamten ist auf 60 Jahre festgesetzt. Mit Erreichung desselben tritt die zwangsweise Pensionirung ein.⁴⁾ An einer Bestimmung des Maximalalters für den Dienst Eintritt fehlt es. Der Grund hierfür dürfte unschwer darin zu finden sein, dass bei den geringen Anforderungen, die an die Aspiranten gestellt werden, und bei der erfahrungsmässigen Jugendlichkeit der Kandidaten nur eine Untergrenze erforderlich schien.

Alle diese Vorschriften, insbesondere das geringe Maass der für den Verwaltungsbeamten geforderten Vorkenntnisse, wie die Wiedereinführung der gleichen Vorbildung der richterlichen Beamten in den Kolonien mit denen des Mutterlandes weichen völlig von den unten dargestellten Prinzipien der anderen Kolonialstaaten ab. Sie deuten vielleicht darauf hin, dass Spanien seine Kolonien im wesentlichen soweit assimiliert hat, dass es einer besonderen Ausbildung seiner Kolonialbeamten nicht mehr bedarf und so einen Kreislauf vollendet hat, in dem die anderen Kolonialstaaten noch begriffen sind.

Unter den kolonisirenden Kulturvölkern sei noch mit einem Worte Russlands gedacht, obgleich es häufig aus dem rein äusserlichen Grunde, dass seine Kolonialgebiete, besonders das ziemlich bevölkerte Südwest-Sibirien, Turkestan und Buchara, sich ihm räumlich anschliessen, nicht zu diesen gerechnet wird. Aber Gebirge trennen und Meere verbinden. Eine eigentliche Kolonialkarriere ist im Zarenreiche noch nicht eingeführt. Doch finden die orientalischen Sprachen, insbesondere das Türkische, Persische und Arabische, auf allen russischen Universitäten die ausgiebigste Berücksichtigung. Auf den grösseren, so in St. Petersburg, wird auch das Mongolische, Mantschurische, Kalmückische, Kirgisische und je nach

⁴⁾ Art. 105 des Reglements vom 3. Juni 1866.

Bedürfniss weitere sibirische Dialekte gelehrt. Die wichtigste Anstalt für die praktische Ausbildung zum Dolmetscherdienst in den halbislamischen Ländergebieten der russischen Krone ist jedoch das Lasarew'sche Institut in Moskau, das nach seinem Stifter den Namen trägt. Hier werden neben den wöchentlich etwa 18stündigen Uebungen für die Dolmetscher-Aspiranten auch minder umfangreiche Vorlesungen für sogenannte „freiwillige Zuhörer“ abgehalten.

I. Holland.

Geschichtlicher Ueberblick.

Die erste Kolonialmacht, die gewissermaassen auf eine Geschichte der Ausbildung der Kolonialbeamten zurückblicken kann, ist Holland.¹⁾

Wie in Grossbritannien auf Britisch Indien, so ist in Holland naturgemäss die ganze Ausbildung der Kolonialbeamten auf die vorderindischen Inselbesitzungen und ganz insbesondere auf die Perle des holländischen Kolonialreichs, auf Java — Insulinde, wie die Dichter singen — zugeschnitten. Hat doch Java besonders im Laufe der letzten 50 Jahre bei erheblich grösserer Bevölkerungsdichtigkeit eine 5 Mal grössere Bevölkerungszahl erlangt als die des Mutterlandes. Im Gegensatze zu Java heissen die übrigen vorderindischen „Aussen“-Besitzungen (Buitenbezittingen).

Nachdem bereits im Jahre 1825 ein königliches Dekret einige allgemeine Vorschriften über die Anstellung der Kolonialbeamten getroffen hatte, ging man im Jahre 1831

¹⁾ Eine auf persönlichen Anschauungen beruhende Darstellung bietet die mehrfach benutzte Broschüre Challey-Bert's: *Le recrutement des fonctionnaires coloniaux. La Hollande et les fonctionnaires des Indes Néerlandaises*. Paris 1893, ein erweiterter Abdruck eines Aufsatzes in der Zeitschrift „*Monde économique*“. Der durch seine Publikationen in der *Revue des deux mondes* auch dem grösseren Publikum bekannt gewordene Verfasser war von der französischen Regierung mit dem Studium der holländischen Kolonialausbildung beauftragt worden.

einen Schritt weiter, indem in Djokjakarta, der Hauptstadt eines der beiden, noch jetzt ziemlich unabhängigen einheimischen javanischen Fürstenthümer, eine Schule zur Erlernung der javanischen als der dortigen Landessprache gegründet wurde, die sich aber nur wenig bewährte. Erst im Jahre 1842 wurde im Mutterlande selbst, und zwar in Delft, eine königliche Akademie begründet, welche, wenigstens zum Theil, die Aufgabe hatte, den Kolonialaspiranten die erforderliche Vorbildung zu geben. Aber diese Anstalt konnte bei der gerade damals schnellen Vermehrung des Beamtenapparates ihrer Aufgabe, den erforderlichen Nachwuchs zu decken, nicht gerecht werden, so dass die Vorbildung immer noch eine sehr ungleichmässige blieb. Erst das Gesetz vom 2. Mai 1863 schaffte in dieser Beziehung Wandel, und am 10. Juni 1864 wurde beschlossen, in Leyden, der alten Metropole der Wissenschaft im Batavischen Inselreich, eine staatliche Kolonialschule in Anlehnung an die dortige Universität zu gründen. Die erste Organisation der für das Gedeihen der holländischen Kolonien so wichtig gewordenen Anstalt ist dem berühmten liberalen Kolonialminister Fransen van de Putte zu verdanken, dessen Name dadurch, dass er das mit der Zeit veraltete Kultursystem van den Bosch's unter vielen Kämpfen durch eine der Privatinitiative freieren Spielraum lassende Wirthschaftspolitik ersetzte, unvergesslich geworden ist. Er war es auch, der das königliche Dekret vom 10. September 1864, durch welches das sogenannte Grootambtenaarsexamen in einer in seinen wesentlichen Punkten noch jetzt maassgebenden Weise geregelt wurde, verfasst und gegengezeichnet hat.

Fähig für den Kolonialdienst sind nach demselben:

1. Die geborenen wie naturalisirten Niederländer.
2. Die Eingeborenen der den Niederländern gehörigen Inseln des indischen Archipels.
3. Die Kinder der in Niederländisch-Indien angesessenen fremden Orientalen.

Die Aspiranten müssen vom Militärdienst frei sein bzw. demselben genügt haben. Die höheren Stellen, abgesehen

von dem Gouverneur, obgleich auch dieser im Gesetz von 1864 aufgeführt ist, insbesondere die des Kontrolleurs in der inneren Verwaltung, des Assistenz-Residenten, des Provinzialsekretärs (gewestelyk secretaris) und Residenten, sind ausschliesslich für diejenigen zugänglich, welche das Examen für den höheren Verwaltungsdienst (grootambtenaars examen) bestanden haben. Zwanzig Jahre lang (bis 1883) ist das Bestehen dieses Examens die *conditio sine qua non* für den Eintritt in den holländischen Kolonialdienst, und zwar sowohl die richterliche als die Verwaltungscarriere, gewesen. Fast alle jetzt in leitender Stellung befindlichen ostindischen Kolonialbeamten haben durch dasselbe den Nachweis ihrer Befähigung erbracht.

Bis zum Jahre 1893 sind die Bestimmungen über das grootambtenaars examen nur wenig Abänderungen unterworfen worden, die in der folgenden Schilderung berührt werden.

Dagegen wurde durch eine Verordnung von 1876, die jedoch erst 1883 zur Ausführung gelangte, für eine Kategorie der Kandidaten, die *doctores juris*, welcher Titel nicht nur, wie bei uns, einen akademischen Grad bezeichnet, sondern zu staatlichen Aemtern sowohl als zur Advokatur befähigt, ein besonderes „Ergänzungsexamen“ eingerichtet. In den vorangehenden Jahrzehnten war daher die Sachlage die: Wer das grootambtenaars examen bestanden, konnte sowohl Verwaltungsbeamter als Richter werden. Es hing dies im Wesentlichen von den disponiblen Stellen ab. Seit 1883 bis zum Jahre 1893 wurde hieran nichts geändert, nur, dass die mit dem Diplom des Ergänzungsexamens versehenen *doctores juris* hinzutraten, die jedoch nicht selten sich mit dem Ergänzungsexamen nicht begnügten, vielmehr, ohne von ihrem Privileg Gebrauch zu machen, auf der Delfter Schule ihre Studien trieben und sich nach wie vor dem als schwerer geltenden grootambtenaar's examen unterzogen. In beiden Fällen konnten sie sowohl in den Justiz- als in den Verwaltungsdienst eintreten, obschon ersteres die Regel bildete. Durch das Dekret vom 20. Juli 1893 erst wurde eine völlige

Trennung der Verwaltungs- und Justizcarriere durchgeführt: letztere ist den Doktoren der Rechte ausschliesslich vorbehalten, die das Ergänzungsexamen bestanden haben, erstere den Diplominhabern des grootambtenaars examens. Zu jener findet die Vorbereitung in der Universitätsstadt Leyden, für diese nach wie vor in Delft statt. Von der Möglichkeit, sich privatim oder auch anderwärts auf die Examina vorzubereiten, ist kaum je Gebrauch gemacht worden und so werden auch in Zukunft beide Städte eine Art Monopol haben, nur dass jetzt der Besitzstand zwischen ihnen fest geregelt ist.

An die Darstellung des vorbildlich gewordenen grootambtenaars examens wird sich eine kurze Schilderung der Delfter Schule, an die des Ergänzungsexamens eine solche der Kolonialkurse in Leyden anschliessen, während zum Schluss die Anstellungs- und Avancements-Verhältnisse in Indien skizzirt werden.

A. Das Groot-ambtenaars examen

wird gewöhnlich einmal jährlich und zwar sowohl in Indien selbst als im Mutterlande abgehalten. Der Zeitpunkt für letzteres ist der dritte Montag im Juni, für ersteres wird er von Fall zu Fall vom Generalgouverneur festgesetzt. Ungefähr zwei Monate zuvor wird der Termin zweimal in dem Staatsanzeiger (officieele nieuws blad) bekannt gemacht. Einen Monat nach der ersten Bekanntmachung haben sich die Kandidaten in den Niederlanden bei dem „Departement van Koloniën“, in Indien bei der „Algemeene Secretarie“ zur Zulassung zu melden unter Angabe der Sprachen, in denen sie sich der Prüfung unterziehen wollen. Die vakanten Stellen sind zum dritten Theile den in Indien bestandenen Kandidaten vorbehalten.

Unter besonderen Umständen kann der Kolonialminister im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur die Wiederholung des Examens in demselben Jahre anordnen.

Das Examen ist ein rein technisches.

Die an die allgemeine Vorbildung der Kandidaten gestellten Anforderungen sind verhältnissmässig sehr geringe. Der künftige Kolonialbeamte braucht sich nur im Besitze des Abgangszeugnisses einer höheren Bürgerschule²⁾ mit 5jährigem Kursus zu befinden, deren Ziel nicht an dasjenige der preussischen lateinlosen Gewerbeschule heranreicht. Diese höheren Bürgerschulen werden in Holland von beinahe 6000 Schülern besucht. In ihnen wird das Hauptgewicht auf die Kenntniss der lebenden Sprachen, besonders der Holländischen, gelegt, woraus sich erklärt, dass diese Gegenstände nicht, wie z. B. im englischen Zulassungsexamen, einen Platz in der Prüfungsordnung des grootambtenaars examens gefunden haben. Die merkantile Lage wie die geringe Ausdehnung Hollands bringt es mit sich, dass es auf den geistigen und materiellen Verkehr mit seinen deutsch und französisch redenden Nachbarn angewiesen, und dass daher die Kenntnis beider Sprachen sehr verbreitet ist. Ferner gilt das Endexamen der Kgl. Militär-Akademie sowie des Kgl. Marine-Instituts als ein Ausweis über die ausreichende Vorbildung, ebenso natürlich die vor der Fakultät einer holländischen Universität abgelegte Maturitätsprüfung.

Die obligatorischen Prüfungsgegenstände waren lange Jahre hindurch, bis 1894, folgende fünf:

1. Die Geschichte von Niederländisch-Indien; Geschichte der den indischen Archipel bewohnenden Stämme; die Begründung und Ausdehnung der niederländischen Herrschaft daselbst; besonders aber die Geschichte von Niederländisch-Indien seit der Verwaltung des Marschalls Daendels (1808).
2. Geographie und Ethnographie von Niederländisch-Indien; Lage und natürliche Beschaffenheit der hauptsächlichsten Inseln und Inselgruppen; Hydrographie und Orographie derselben; ihre Produkte mit Bevorzugung der für den

²⁾ Und zwar sowohl im Mutterlande als in Indien.

europäischen Markt bestimmten; die Sitten und der moralische Zustand der Eingeborenen.

3. Religionsgesetze und Rechtsgewohnheiten in Niederländisch-Indien; die Hauptregeln des Islam in religiöser wie rechtlicher Beziehung, besonders das Ehe- und Erbrecht; Hauptabweichungen vom islamischen Recht in den Institutionen und Rechtsgewohnheiten seiner Anhänger im indischen Archipel.
4. Oeffentliches und Verwaltungsrecht von Niederländisch-Indien; die Hauptbestimmungen des Grundgesetzes und die anderen organischen Gesetze mit ihren Ausführungsverordnungen; die geltenden Bestimmungen über die innere Justiz und die übrigen Zweige der Verwaltung, besonders die Gesetze und Verordnungen über Rechnungs-, Finanz- und Steuerwesen.
5. Die beiden wichtigsten Sprachen der Eingeborenen, die malaysche und javanische; beide jedoch erst seit dem 20. Juli 1893, während früher der Kandidat die Wahl zwischen beiden Sprachen gehabt hatte.

Das Dekret vom 20. Juli 1893 wurde dadurch veranlasst, dass fast alle Kandidaten zum Prüfungsgegenstande die in ihrem grammatikalischen, insbesondere ihrem syntaktischen Aufbau bis zu einem gewissen Grade dem Englischen ähnliche und verhältnissmässig leicht erlernbare malayische Sprache wählten, während eine nur sehr geringe für den Bedarf nicht genügende Anzahl sich mit dem Studium der weit schwierigeren javanischen Sprache befasste.

Auch im übrigen wurden durch das Dekret vom 20. Juli 1893 tiefgreifende Aenderungen herbeigeführt. Das Studium zerfällt nach demselben in drei Jahreskurse, nach deren erstem ein Zwischenexamen stattfindet, von dessen Bestehen die Zulassung zum weiteren Studium abhängt, während nach dem dritten Jahreskurse das Schlussexamen abgehalten wird.

Für den ersten Jahreskursus sind nunmehr die folgenden 5 obligatorischen Lehrgegenstände vorgesehen:

1. Geographie von Niederländisch-Indien.
2. Das niederländisch-indische Recht.

3. Einführung in die religiösen Satzungen, nationale Institutionen und Gebräuche in Niederländisch-Indien.
4. Die Elemente der malayischen Sprache.
5. Die Elemente der javanischen Sprache.

Die beiden folgenden Jahreskurse vermitteln eingehender, abgesehen von der weiteren sprachlichen Ausbildung, nachstehende Disziplinen:

- | | |
|--|---|
| 1. Geschichte | } von
Nieder-
ländisch
Indien. |
| 2. Ethnologie und Ethnographie | |
| 3. religiöse Satzungen, nationale Institutionen
und Gebräuche | |
| 4. das öffentliche und Verwaltungsrecht | |

Gerade wie früher kann der Kandidat sich noch für andere der zahlreichen Eingeborenensprachen, insbesondere die von Madura und Bali zum Examen melden, vorausgesetzt, dass die erforderlichen zwei Examinatoren vorhanden sind; doch werden in Zukunft die für die fakultativen Sprachen erworbenen Points für die Beurtheilung, ob der Kandidat das Examen überhaupt bestanden, nicht in Betracht gezogen.³⁾ Von Bedeutung sind dieselben nur für die Nummer, die der bestandene Kandidat unter seinen Kollegen erhält und von der schliesslich die Anstellung abhängt.

Das erste Zwischenexamen nach der neuen Prüfungsordnung wird im Jahre 1894, das erste Schlussexamen im Jahre 1896 in Delft stattfinden.

Die Prüfungskommission setzt sich aus mindestens sieben Mitgliedern, einschliesslich des Präsidenten und des Protokollführers zusammen.⁴⁾ In der Regel jedoch besteht sie aus etwa 20 Mitgliedern, hohen pensionirten oder aktiven Kolonialbeamten, Staatsräthen, Parlamentsmitgliedern, Universitätsprofessoren und Lehrern der Delfter Akademie, welche letzteren das ständige Element unter den Mitgliedern der Kommission bilden. Sind sie es doch, welche mit den Kenntnissen und den Fähigkeiten der Schüler am besten

³⁾ Art. 7 § 3 des Dekrets vom 20. Juli 1893.

⁴⁾ Art. 5 des königlichen Dekrets vom 29. August 1883.

vertraut sind. Der Präsident der Kommission ist stets ein hoher Kolonialbeamter, häufig ein früherer Kolonialminister, während der Direktor der Delfter Anstalt seit 20 Jahren als Sekretär der Prüfungskommission fungirt. Für die einzelnen Prüfungsgegenstände, insbesondere stets die Eingeborenen-sprachen, werden besondere Unterkommissionen gebildet, die sich aus drei, unter Umständen nur zwei Mitgliedern zusammensetzen. Das Examen zerfällt in zwei Theile: einen schriftlichen und einen mündlichen. Das erstere dauert 4 Tage. Für jeden Prüfungsgegenstand, deren 2 an jedem Tage erledigt werden, sind 2 Stunden bestimmt. Das mündliche Examen wird an einem Tage in der Weise abgehalten, dass die Schüler in Gruppen von 4—5 die einzelnen Unterkommissionen passiren.

Der Schwierigkeit, detaillirte Themata für die einzelnen, ihrer individuellen Anlage nach häufig sehr verschiedenen Schüler aufzufinden, sucht die holländische Prüfungsordnung dadurch entgegenzuwirken, dass sie jedem derselben zwei Themata zur Wahl stellt, um so die Schwierigkeiten, welche durch eine zu grosse Spezialisirung des Stoffes für den Kandidaten entstehen würden, möglichst abzuschwächen, was für den „Indian Civil Service“ von den Engländern in anderer Weise erreicht wird.

Beispielsweise sind im Jahre 1892 folgende Prüfungsthemata gestellt worden:

1. Geschichte von Niederländisch-Indien:

- a) Der javanische Krieg, seine Ursache, sein Fortgang und seine Wirkung.
- b) Die Entwicklung der niederländischen Hoheit auf der Westküste von Sumatra von 1819—1839.

2. Geographie von Niederländisch-Indien:

- a) Beschreibung der Residenzschaften Djapara, Rembang und Soerabaeja, oder
- b) Beschreibung der Residentschaften Unter-Padang und Ober-Padang.

3. Ethnographie von Niederländisch-Indien:

- a) Grundriss der Lebensbedingungen der eingeborenen Bevölkerung in Java, oder
- b) Grundriss der religiösen Vorstellungen, Gebräuche und Gewohnheiten der Eingeborenen von Minahassa auf Celebes.

4. Religionsgesetze, Einrichtungen und Gebräuche in Niederländisch-Indien:

- a) Die Minderjährigkeit, die Vormundschaft und Pflegschaft nach islamischem Recht, oder
- b) Die Eingeborenenverwaltung in den javanischen Eingeborenenstaaten.

5) Oeffentliches und Verwaltungsrecht in Niederländisch-Indien:

- a) Das Agrarrecht, oder
- b) Die europäische Provinzialverwaltung in Niederländisch-Indien.

In jedem Fache kann der Kandidat höchstens 10 Points erreichen. Nur bei gänzlicher Unkenntniss erhält er die Ziffer 0. Das „Genügend“ bezeichnende Mittel ist also 5. Die in den einzelnen Fächern erhaltenen Points werden zur Berechnung des Schlussresultats zusammenaddirt.

Diejenigen Kandidaten, die nicht wenigstens zusammen 20 Points oder in einem Fache eine Null zu verzeichnen haben, werden ohne weiteres zurückgewiesen. Diejenigen dagegen, welche in jedem Fache mindestens 5 Points erzielt haben, sind ohne weiteres zugelassen. Eine eigentliche Berathung findet nur über diejenigen statt, die zwar über 20 Points erreicht, aber nicht in allen Prüfungsgegenständen den gestellten Anforderungen genügt haben. Bisher wurde bei der Zulassung nur diejenige der elektivobligatorischen Eingeborenenensprachen gezählt, in denen der Kandidat die meisten Points erhalten hatte, während jetzt das malayische und javanische obligatorisch ist.

Bei den fakultativen Lehrgegenständen, insbesondere den weiteren Eingeborenenensprachen, werden nur diejenigen mit-

gezählt, in denen der Kandidat über 5 Points erhalten hat, um den Pointsjägern entgegenzuwirken, die sich für alle Gegenstände melden und darauf spekuliren, dass sie in den fakultativen wenigstens einige Points erhalten und so etwaige Lücken in den obligatorischen ausgleichen.

Die nach der Anzahl der erhaltenen Points geordnete Liste der bestandenen Kandidaten wird alsdann mit einem Bericht über das Examen dem Kolonialminister eingereicht, der demnächst auf Antrag die den vakant gewordenen Stellen entsprechende Zahl nach der Reihenfolge der Liste zu Kolonialbeamten ernennt und dem Generalgouverneur zur Disposition stellt. Die Anzahl der jährlich ernannten Kandidaten ist sehr verschieden. Während dieselbe in früheren Jahren durchschnittlich etwas über 20 betrug, stieg dieselbe in den Jahren 1879 bis 1881 bis auf etwa 30, 1885 bis 1888 aber sank sie bis auf 4 Kandidaten jährlich. Darnach erhielten die nicht als die ersten aufgeführten Kandidaten keinerlei Stellung. Vielmehr haben sie sich bei dem nächsten „Konkurs“ von neuem zu melden, gleich als ob sie das Examen nicht bestanden hätten. So kommt es häufig vor, dass unter den Kandidaten sich ein Dutzend befindet, die das Examen bereits einmal, und mehrere, die es bereits wiederholt bestanden haben. Manche sind auch nach 3 mal bestandener Prüfung nicht zur Anstellung gelangt. So bestand ein Kandidat im Jahre 1885 als 18ter von 38 Zugelassenen, 1886 als 8ter von 35 Zugelassenen, 1887 als 12ter von 41 Zugelassenen, ohne jedoch eine Anstellung erhalten zu können. Auch ist es sehr wohl möglich, dass Kandidaten in einem späteren Examen eine tiefere Nummer erhalten oder auch, dass sie in demselben gar nicht bestehen. Nicht selten gehen Kandidaten, vor allem diejenigen, welche die ersten nicht mehr zur Anstellung berechtigenden Nummern erhalten haben, auf eigene Hand nach Java, um sich dort beim Generalgouverneur direkt um eine Stelle zu bewerben, da andernfalls nach Ablauf eines Jahres ihr Recht auf Anstellung erlöschen würde. Sie verlieren dadurch die den ernannten Kandidaten für sich selbst und ihre etwaige

Familie gewährte freie Ueberfahrt und die Equipirungsgelder im Betrage von 400 Gulden. Auch sollen sie häufig später und langsamer avanciren als die anderen Kandidaten.

Die Akademie zu Delft.

Auf dieser Anstalt, wo die Ausbildung der höheren Verwaltungsbeamten bis jetzt ganz überwiegend stattfand und nunmehr de facto ausschliesslich stattfinden wird, sind die Schüler durchschnittlich 18—23 Jahre alt und so, wenigstens ihrem Alter nach, für die Aufnahme des umfangreichen Gedächtnisstoffes am geeignetsten. Der Direktor der Anstalt, Professor Spanjaard, hat als einer der ersten das Groot-ambtenaars examen bestanden und gehört seit 1869 dem Lehrkörper der Akademie an, deren Direktor er seit 1885 ist. Speziell lehrt er das öffentliche und Verwaltungsrecht von Niederländisch-Indien. Den geographischen und ethnographischen Unterricht ertheilt der allen Spezialisten bekannte Professor Niemann, der schon im Jahre 1874 seine Stellung als Lehrer der Rotterdamer Missionare mit der eines Delfter Professors vertauscht hat. Der durch seine Studien über das islamische Recht auch im Auslande berühmte van den Berg liest über die Rechtsgebräuche und Sitten der Eingeborenen. Die Geschichte von Niederländisch-Indien lehrt Professor van den Broek, der, wie Professor Spanjaard, die Tropen, aus Gesundheitsrücksichten, schon früh verlassen musste. Auch er hat wie der Lehrer des ersten malayischen Kursus, van Dissel, der eine grosse Anzahl der Eingeborensprachen kennt, das Groot-ambtenaars examen bestanden. Die malayischen Stunden des zweiten und dritten Studienjahres ertheilt der ehrwürdige Missionar Gonggrijp, der der Delfter Anstalt seit ihrer Gründung angehört. Ebenfalls ein früherer Missionar ist der durch seine „Briefe über den Islam in Java“ bekannte M. Poensen, der dem Lehrkörper seit 1891 angehört.

Die Bedeutung der Delfter Akademie erhellt deutlich aus folgender Tabelle, in der die Gesamtzahl der Kandidaten

der letzten 10 Jahre der Zahl der in Delft und der anderweit Vorgebildeten gegenübergestellt ist.

Jahr	Gesamtzahl der Kandidaten	Davon in Delft ausgebildet
1883	79	64
1884	49	40
1885	54	46
1886	61	55
1887	52	46
1888	31	26
1889	31	26
1890	21	17
1891	37	30
1892	53	53
1893	46	46

(In den beiden letzten Jahren hatten also sämtliche Kandidaten ihre Ausbildung in Delft erhalten.)

B. Das Ergänzungsexamen.

Die Ausbildung der richterlichen Beamten wurde zuerst im Jahre 1842 geregelt. Gewöhnlich wurde von ihnen das Diplom der königlichen Akademie in Delft gefordert. Seit 1864 mussten sie ausnahmslos das „grootambtenaars examen“ bestanden haben. Seit 1883, in welchem Jahre das Gesetz von 1876 zur Ausführung gelangte, waren zum Richteramt, wie früher, die Kandidaten, die das grootambtenaars examen, und ausserdem die Doktoren der Rechte, die das sogenannte Ergänzungsexamen bestanden hatten, befähigt. Seit 1894 können nur Doktoren der Rechtswissenschaft ernannt werden, wenn sie

1. das sogenannte Ergänzungsexamen (Art. 92 Absatz 2) bestanden oder
2. vier Jahre als Advokat in Niederländisch-Indien fungirt haben.

Glücklicherweise bildet die letztere Kategorie bei weitem die Minderzahl der im Kolonialdienst angestellten Beamten,

da das blosse Einschreiben als Anwalt keinerlei Garantie für die persönliche Tüchtigkeit des jungen Juristen gewährt. Jedoch liegt eine Gefahr für das Fortbestehen des jetzigen Vorbildungswesens kaum vor, da die Regierung nur berechtigt, nicht verpflichtet ist, Anwälte mit 4jähriger Praxis als Beamte anzustellen und, solange ausreichend viele geprüfte und mit der erforderlichen technischen Vorbildung versehene *doctores juris* vorhanden sind, dürfte sie nur ausnahmsweise von dem langerprobten Rekrutierungsmodus abweichen. Im Wesentlichen werden daher wie früher die Doktoren der Rechte, die das Ergänzungsexamen bestanden haben, den Nachwuchs für die richterlichen Beamten von Niederländisch-Indien bilden.

Das letztere Examen hängt seiner Entstehung nach mit der alten Rivalität der Kolonialschulen in Leyden und Delft zusammen. Das Gesetz von 1864 hatte dazu geführt, dass viele Schüler auf der städtischen Schule zu Delft, ohne Universitätsstudien gemacht zu haben, lediglich im Besitze des Abgangszeugnisses einer Bürgerschule (vergl. (S. 12) sich auf das „groot-ambtenaars examen“ vorbereiteten, während die Leydener Universität nur sehr wenige Schüler zählte. Diese Gründe veranlassten zwei damalige Mitglieder der zweiten Kammer Mirandolle und D. Mac Kay, der später als englischer Majoratserbe mit dem Titel eines Lord Reay sich als Gouverneur von Bombay grosse Verdienste um die britisch-indische Kolonialverwaltung erworben hat, einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem die Doktoren der Rechte nur ein „aanvullingsexamen voor doctoren in de rechtswetenschap“ (Ergänzungsexamen für Doktoren der Rechte) zu bestehen haben. Dasselbe wird gewöhnlich Examen auf Grund des Art. 92 Absatz 2 (des Gesetzes für den höheren Unterricht in den Niederlanden) genannt.

Die Promotion zum Doctor juris gilt in Holland zugleich als Staatsexamen. Nur in Holland promovirte Doktoren der Rechte werden zum „Ergänzungsexamen“ zugelassen, das nur in Holland, nicht auch in Indien abgehalten wird.

Die Examensgegenstände sind die vier folgenden:

1. Das mohammedanische Recht, die Volkseinrichtungen und Gebräuche in Niederländisch-Indien.
2. Das Staatsrecht und die Verwaltung der Kolonien und überseeischen Besitzungen.
3. Land- und Völkerkunde des ostindischen Archipels.
4. Die malayische und (seit 1893) die javanische Sprache.

Wie die Anzahl der ertheilten Unterrichtsstunden bei der Vorbildung in Leyden durchschnittlich geringer ist als bei der in Delft, so werden auch die Erfordernisse für das Examen allgemein für minder schwierig gehalten als die für den höheren Verwaltungsdienst. Trotzdem wird in der Regel der Doctor juris von 25 Jahren dem mehrere Jahre jüngeren Diplominhaber jenes Examens, der nur eine ziemlich elementare Vorbildung erhalten hat, in vielen Beziehungen, besonders durch eine tiefere Lebensauffassung und wissenschaftliche Durchdringung des Stoffes überlegen sein.

Doch wurde dem Ergänzungsexamen von Anfang an ein gewisses Misstrauen entgegengebracht, sodass bis 1883 sich keiner der Kolonialminister bewogen sah, das Gesetz von 1876 zur Ausführung zu bringen. Nachdem dies aber durch Dekret vom 29. August 1883 geschehen, haben die meisten Juristen es vorgezogen, sich dem Ergänzungsexamen anstatt dem eingehenderen groot-amtenaars examen zu unterwerfen.

Ersteres ist ein lediglich mündliches und dauert im ganzen zwei Stunden; je eine für die Fächer 1) und 2) und die zu 3) und 4). Die Prüfungskommission besteht aus den vereinigten juristischen und philosophischen Fakultäten. Gerade wie das groot-amttenaars examen wird auch das Ergänzungsexamen öffentlich abgehalten. Ueber das Bestehen wird ein Zeugnis ausgestellt dahin, dass die Prüfung bestanden oder dass sie gut (met lof) bestanden ist. Es ist mehrfach angeregt worden, neben dem mündlichen Examen noch ein schriftliches einzuführen. Doch hat die Kolonial-

regierung bisher von dieser Maassregel Abstand nehmen zu können geglaubt, da sich ein Bedürfniss hierzu nicht herausgestellt hat: bei der früher verhältnissmässig geringen Anzahl der Studirenden sind die die Prüfungskommission bildenden Professoren so genau mit den Leistungen und Fähigkeiten der einzelnen Kandidaten bekannt, dass dieselben auch ohne schriftliche Prüfung ein bestimmtes Urtheil über den Grad der Ausbildung derselben besitzen.

Die einzige Universität, die bisher für das sogenannte Ergänzungsexamen und von jetzt ab für die ganze Ausbildung der richterlichen Beamten in Betracht kommt, ist Leyden. Durch die Reform von 1893 hat die Frequenz der Kolonialkurse bedeutend zugenommen, sodass dieselben im Sommer 1894 von mehr als 20 doctores juris besucht werden.

Professor van der Lith liest über öffentliches und Verwaltungsrecht der Kolonien und islamisches Recht. Erstere Vorlesung umfasst drei und die letztere zwei Stunden wöchentlich. Der bekannte Sanskritist Kern giebt eine Uebersicht über die Sprachen des indischen Archipels. Der stets lebenswürdige und hülfsbereite Professor Klinkert ertheilt den Unterricht in der malayischen Sprache (6 Stunden wöchentlich), Professor Wrede in der javanischen Sprache (3 Stunden wöchentlich); letzterer trägt auch die Grammatik der Sprache von Madura vor (2 Stunden wöchentlich) und treibt ebenso oft Lektüre derselben. Der Lehrer des Türkischen und Persischen van Gelder, liest zugleich zweimal wöchentlich islamisches Recht.

Einen grossen Verlust hat die Universität vor einigen Jahren durch den Tod des Professors Wilken erlitten, der für die künftigen indischen Beamten zwei Vorlesungen über Ethnographie und Geographie von Niederländisch Indien hielt.

Einen Ueberblick über die Ausdehnung des kolonialen Fachstudiums in Holland seit dem Jahre 1864 bis in die neueste Zeit gewährt die folgende Tabelle:

		Anzahl der Schüler an d. Akademie zu Delft.	Anzahl der be- stan- denen Kandidaten.			Anzahl der Schüler an d. Akademie zu Delft.	Anzahl der be- stan- denen Kandidaten.
1864 . . .	37	—	—	1879 . . .	125	59	46
1865 . . .	48	24	18	1880 . . .	137	66	52
1866 . . .	46	13	10	1881 . . .	129	69	50
1867 . . .	42	13	13	1882 . . .	116	72	46
1868 . . .	37	16	16	1883 . . .	93	66	51
1869 . . .	47	25	22	1884 . . .	105	40	25
1870 . . .	61	38	30	1885 . . .	77	46	31
1871 . . .	58	35	23	1886 . . .	71	55	29
1872 . . .	64	43	31	1887 . . .	48	46	36
1873 . . .	67	24	16	1888 . . .	45	26	22
1874 . . .	68	39	29	1889 . . .	58	26	17
1875 . . .	72	34	23	1890 . . .	88	17	12
1876 . . .	73	33	26	1891 . . .	106	30	20
1877 . . .	98	44	35	1892 . . .	119	53	31
1878 . . .	115	54	30	1893 . . .		46	25

Nach bestandenem Examen werden die zum richterlichen Dienst bestimmten Beamten zunächst, gerade wie die zum höheren Verwaltungsdienst bestimmten, zur Disposition des Generalgouverneurs gestellt, der ihnen die Anstellung nicht verweigern kann, aber selbstständig über ihre Verwendung bestimmt. Sie erhalten wie diese freie Ueberfahrt I. Klasse für sich und ihre etwaige Familie⁵⁾ und ausserdem 1000 Gulden Equipirungsgelder, während die Verwaltungsbeamten nur 400 Gulden beziehen. In der Regel bald nach ihrer Ankunft werden sie zum Substitut Griffier mit einem Monatsgehalt von 250 Gulden ernannt. Häufig schon nach einem Jahre avanciren sie zum Griffier oder Substitut Griffier bei

⁵⁾ Bemerkenswerth in dieser Beziehung ist eine Art Heirath durch Stellvertretung (Trouwen met de handschoen, Trauung mit Handschuhen), die bei dem Mangel entsprechender Europäerinnen in Niederländisch-Indien noch jetzt nicht selten vorkommt. Der neuernannte Beamte lässt seine Braut in der Heimath zurück, um dieselbe, wenn er ein angemessenes Einkommen erlangt hat, nachkommen zu lassen. Die Trauung erfolgt dann in Holland, wobei sich der Bräutigam durch einen seiner Bekannten vertreten lässt, sodass die nunmehrige Ehefrau das Recht auf freie Ausreise hat.

einem höheren Gerichtshof mit einem monatlichen Gehalt von 450 Gulden. In dieser Stellung verbleiben sie gewöhnlich 3 Jahre, um dann Mitglied des „Raads van Justitie“ (Europäer-Gericht) mit 600 Gulden oder Präsident des Landraad's (Eingeborenen-Gericht) zu werden. Nach etwa 15 jähriger Richterthätigkeit erhalten sie als Mitglieder des Hooggerechtshofs 1000 Gulden monatlich. Das weitere Avancement findet in der Regel nach 5 Jahren statt.

Die jungen Verwaltungsbeamten werden häufig schon mit 20 Jahren dem Assistentresidenten mit 150 Gulden monatlichen Gehalts und gewissen Nebeneinnahmen attachirt. Nach ihrer Ernennung zum Kontrolleuraspiranten beziehen sie ein Gehalt von 2700, und demnächst als Kontrolleure II. Klasse ein solches von 3600 Gulden. Nach acht Jahren in Java, schneller in den „Aussenbesitzungen“ werden sie zum Kontrolleur I. Klasse mit 250—300 Gulden monatlichen Gehalts und Nebeneinnahmen befördert. Nach einem ungefähr gleichen Zeitraume findet die Beförderung zum Assistent-Residenten mit 600—700 Gulden Monatsgehalt in der Regel statt. Für das weitere Avancement zum Residenten und Gouverneur ist bei der geringen Anzahl der vorhandenen Stellen und bei der Unabhängigkeit derselben von der Anciennetät eine feste Norm nicht aufzustellen. Die Bureauchefs der Residenten beziehen 4800—6000 und auch 9000 Gulden, die Assistent-Residenten 7200, die Residenten je nach ihrem Grade 12,000, 15,000 und 18,000 Gulden. Die Gouverneure der einzelnen Provinzen (Westküste von Sumatra, Celebes mit Atje) 20,000 Gulden. Zu diesen Gehältern treten noch die entsprechenden Repräsentationskosten.

Gemeinschaftlich für die richterlichen und Verwaltungsbeamten sind die Urlaubsverhältnisse geregelt. Derselbe wird eingetheilt in solchen innerhalb und ausserhalb der Kolonien.

Der Urlaub innerhalb der Kolonien wird wegen Krankheit und wegen anderer gewichtiger Ursachen ertheilt. Aus ersterem Grunde wird er nur auf 3 und mit Verlängerungen auf höchstens 6 Monate gewährt, und zwar mit vollem Gehalt.

Aus anderen Gründen kann den Beamten auf Java und Madura ein Urlaub von 3 Monaten, denen in den Aussenbesitzungen ein solcher von 4 Monaten, bewilligt werden. Erstere erhalten für 1, letztere für 2 Monate ihr volles Gehalt, für die weitere Zeit dagegen nur die Hälfte.

Der Urlaub nach Europa wird gewährt:

1. Zur Herstellung der Gesundheit,
2. Ohne Motivierung den Beamten, die 15 Jahre ununterbrochen in Niederländisch-Indien gedient haben.
3. Den Beamten, die wenigstens 12 Jahre in Indien gedient haben, zur Ordnung dringender Familienangelegenheiten.⁶⁾

Der Urlaub nach Europa wird höchstens auf 2 Jahre ertheilt. Nur wegen Krankheit kann derselbe höchstens 2 mal auf je 6 Monate verlängert werden. Während des Urlaubs bezieht der Beamte Urlaubsgeld (Verlofstraktement). Dasselbe beträgt:

a) für die zu 1) genannte Urlaubsklasse

von den ersten 3000 Gulden	.	.	50 %
von den zweiten 3000	„	.	40 %
von den dritten 3000	„	.	30 %
von dem Mehrbetrag	.	.	25 %

b) für die zu 2) genannte Urlaubsklasse kommen von diesem Urlaubsgeld 10 %,

c) für die zu 3) genannte 25 % in Abzug.

Nach dem Bestehen des grootambtenaars bzw. Ergänzungsexamens hat der holländische Kolonialbeamte zur Erlangung der höheren Stellen keine Zwischenexamina zu bestehen. Nach 20 Dienstjahren hat er, wenn er zugleich 45 Altersjahre zählt, die Pensionsberechtigung erworben. Die Pension beträgt gewöhnlich ein Viertel und nach 30 Dienstjahren drei Achtel des letzten Gehaltes, wonach die Kontrolleure 900—1800, die Assistent-Residenten 1800—3150, die

⁶⁾ Diese Zeit ist so lang, dass wiederholt die Herabsetzung derselben gefordert ist. Doch ist ein Antrag, schon nach 7jährigem Dienst ein Recht auf Urlaub ohne weitere Gründe zu gewähren, von der Kammer abgelehnt worden.

Residenten 3000—6700, die Gouverneure von 5000—7500 Gulden Pension beziehen.

Die holländische Kolonialbeamtenausbildung hat wie den Engländern, besonders für die Reform von 1892, so auch den Franzosen als Muster für ihre Einrichtungen gedient. Gerade wir, die wir den Holländern unserer Kulturentwicklung nach näher stehen, können derselben manche Winke entnehmen. Gewiss hat das holländische Vorbild auch seine Mängel, ganz abgesehen von der harten Behandlung der bestandenen, aber nicht zur Anstellung gelangten Kandidaten, die ihre Rechte aus dem Examen nach einem Jahre ganz verlieren, falls nicht etwa dann, was kaum vorkommt, ein das vorhandene Angebot übersteigendes Bedürfniss an Beamten vorliegt.

Schlussbetrachtung.

Im Allgemeinen kann das Prinzip der holländischen Kolonialverwaltung, junge Leute mit einer wenig umfangreichen allgemeinen Bildung auf das eingehendste mit den indischen Verhältnissen, insbesondere der Sprache und der wirthschaftlichen Lage bekannt zu machen, den höher Gebildeten dagegen die erforderliche Fachbildung in etwas allgemeinerer, dabei aber mehr wissenschaftlichen Form zu überliefern, nur gebilligt werden.

So erklärt sich auch, dass in Holland nicht, wie vielfach angenommen wird, eine Altersmaximalgrenze für den Eintritt in den Kolonialdienst besteht⁷⁾. In Wirklichkeit beträgt das Alter der in Delft ausgebildeten Schüler etwa 20—22 Jahre, während die juristisch gebildeten Kandidaten in der Regel vier Jahre älter sind.

Wenn die Holländer auf die fremden Kolonisations-systeme in ihrer Unterrichtsordnung keine Rücksicht nehmen, so sind sie am ersten dazu berechtigt, da ihre eigenen Einrichtungen von fremden Nationen vielfach kopirt sind. Da-

⁷⁾ Mit Ausnahme der höheren Forstbeamten (cf. S. 28).

gegen sollte gerade in Holland die Tropen-Agrikultur schon bei der Vorbildung im Mutterlande eine Rolle spielen. Insofern wird daher Chailley-Bert beizustimmen sein, ebenso darin, dass eine gewisse Fertigkeit im Reiten gefordert werden sollte: selbst wenn sie im einzelnen Falle nicht verwerthet werden sollte, so bildet doch die Uebung in dieser Kunst ein vortreffliches Mittel zur Stählung des Körpers und damit zur Erhöhung der Tropentüchtigkeit.

Sehr viel Ersparniss an Arbeitskraft für Lehrer wie Lernende würde es bedeuten, wenn die Regierung wenigstens annähernd die Anzahl der voraussichtlich zur Verwendung gelangenden Kandidaten mittheilte, wodurch sich gewiss namentlich bei geringem Bedarf mancher weniger Eifrige vom Studium zurückhielte, und so den Uebrigen ein intensiveres Studium ermöglichte: die Ueberfüllung der Klassen ist auch für die Kolonialakademie von Schaden.

Auch dadurch würde die Anzahl der Studirenden herabgemindert werden können, dass bereits vor dem Beginn des Studiums eine strenge Untersuchung der Tropentüchtigkeit des Aspiranten stattfände. Letztere noch nach bestandenen Examen, erst kurz vor der Ausreise, zu verneinen, wäre für den Kandidaten, der dann soviel Arbeit und Zeit vergeblich geopfert haben würde, eine grosse Härte. In der That ist die Untersuchung, die bis vor kurzem von einem einzelnen Arzt, jetzt aber von einer ärztlichen Kommission vorgenommen wird, eine reine Formsache. Seit einem Vierteljahrhundert ist keinem einzigen der vielen Kandidaten das Attest verweigert worden, sicherlich weder zum Nutzen der Kandidaten, noch auch zu dem des Staates. Findet das Examen vor oder bei der Zulassung zum Studium statt, so können weit höhere Anforderungen gestellt werden. Unmittelbar vor der Ausreise wäre dann nur durch eine zweite Untersuchung zu konstatiren, ob die früher vorhandene Tropentüchtigkeit nicht etwa inzwischen verloren gegangen ist, wie dies auch im englisch-indischen Dienst geschieht.

Bezüglich der moralischen und gesundheitlichen Qualifikation der Kandidaten sind die Vorschriften in Holland

rein formell. Ein Kandidat kann von der Polizeiverwaltung ein Führungsattest erhalten, ohne im mindesten zum Verkehr mit den Eingeborenen befähigt zu sein.

Anderweitige Vorbildung.

Bezüglich der höheren technischen Beamten ist nur für die höhere Forstkarriere eine von der des Mutterlandes abweichende technische Vorbildung erforderlich, die auf der 1893 eingerichteten staatlichen Ackerbauschule erfolgt. Die Unterrichtsgegenstände sind:

1. Mathematik und Feldmesskunde;
2. Physik und Metrologie;
3. Chemie;
4. Mineralogie;
5. Botanik;
6. Kenntniss der nützlichen und schädlichen Thiere;
7. National-Oekonomie;
8. Zeichnen;
9. die Elemente der Ackerbaukunde;
10. Agrikulturchemie;
11. Forst-Oekonomie;
12. Forstmesskunde;
13. Forst-Rechts- und Verwaltungskunde;
14. Elemente des Lateinischen und Malayischen.

Diejenigen Schüler, welche das den Abschluss des Unterrichtskursus bildende Examen am besten bestehen, gehen mit einem Stipendium von monatlich 70 Gulden (Ryks alumnus) nach dem Auslande, um dort ihre Studien zu vollenden.

Bei Ablegung des Examens müssen die Schüler

1. höchstens 22 Jahre alt sein;
2. ein Führungs- und
3. ein ärztliches Attest über ihre Tropentüchtigkeit sowie speziell, über ihre Seh- und Hörschärfe beibringen.

Vor 1891 wurden die jungen Forstbeflissenen längere Zeit zu ihrer Ausbildung nach der preussischen Forstakademie in Neustadt-Eberswalde und später nach der sächsischen in

Tharand entsandt, während dies jetzt, wie erwähnt, nicht mehr die Regel bildet. Die bestandenen oder die nach einem zweisemestrigen Studium aus dem Auslande zurückgekehrten Kandidaten nehmen dann einige Zeit an den Uebungen in der Beschreibung und Bestimmung indischer Pflanzen theil, die unter Benutzung des Herbariums an der Leydener Universität stattfinden, bis sie ein Zeugniß über die Vollendung ihrer Studien erhalten. Nachdem sie sich noch einer zweiten ärztlichen Prüfung unterworfen haben, werden sie zur Disposition des General-Gouverneurs gestellt und treten die Ausreise nach Indien an; bevor sie eine definitive Anstellung erhalten, beziehen sie, wie schon während ihrer letzten Ausbildungszeit ein Monatsgehalt von 100 Gulden, ausserdem erhalten sie freie Ueberfahrt und 1000 Gulden Equipirungsgelder. Bei ihrer Ernennung werden sie zuerst Forstaspiranten mit 3000, dann Förster mit 3900—9000 und endlich Forstinspektoren mit 9600—14 000 Gulden Jahresgehalt.⁸⁾

Die Ingenieure bedürfen für den Eintritt in den indischen Dienst keiner von der ihrer heimischen Kollegen abweichenden Fachvorbildung. Sie erhalten als „opzichter“ 1800—3000 Gulden, als Architekten 3600—4500, als Ingenieur-aspiranten 3000, als Ingenieure 1., 2. und 3. Grades 4200 bis 12 000 und als Chefingenieure 14 400—18 000 Gulden.

Für die Aemter mit einem Solde von höchstens 150 Gulden monatlich ist eine sehr einfache Prüfung, das klein-ambtenaars examen⁹⁾ vorgesehen. Dasselbe erstreckt sich nur auf folgende Gegenstände:

1. Rechnen,
2. Grundzüge der holländischen Sprache,
3. Nachweis einer guten deutlichen Handschrift.

Dieses Examen wird allein in Indien vor einer Kommission von mindestens 3 Mitgliedern abgenommen.

⁸⁾ Vergl. Königliche Dekrete vom 9. Januar 1890 und 1. März 1892.

⁹⁾ In Indien selbst häufig auch groot-ambtenaars examen genannt, was schon oft zu Verwechslungen Anlass gegeben hat.

Nur für einzelne Stellen in der Zentralverwaltung Indiens (Referendaris und Secretaris bei der Allgemeinen Civilverwaltung, bei der Allgemeinen Sekretarie und beim Raad van Indië) ist eine Fachvorbildung nicht erforderlich. Vielmehr sind zu diesen Stellen die Doktoren der Rechtswissenschaft und der Staatswissenschaft fähig. Doch haben auch unter ihnen diejenigen den Vorzug, welche die Fachprüfung bestanden haben.

II. Der indische „Civil Service“.

In dem englischen Kolonialreich nimmt Britisch-Indien mit seiner 83% sämtlicher britischer Unterthanen ausmachenden Bevölkerung, von welcher über 220 Millionen unter englischer Verwaltung stehen, derartig den ersten Rang ein, dass die wenigen andere Gebiete betreffenden Bestimmungen hier gänzlich ausser Betracht bleiben dürfen, umso mehr als die nächst dem wichtigste Besitzung, das Indien an Flächeninhalt um das Doppelte überlegene Britisch-Nordamerika mit seiner überaus spärlichen Bevölkerung seinen Beamtenbedarf fast ausschliesslich selbst deckt.

Die Vorbereitung für den Indian Civil Service beruht auf den Ideen Lord Macaulay's, die derselbe 1854 als Vorsitzender der Reformkommission durchzusetzen wusste. Trotz mannigfacher Abänderungen im einzelnen sind die Grundzüge seines Programms bis jetzt maassgebend geblieben. Jetzt ist die Ausbildung im wesentlichen in folgender Weise geregelt.

Anfang Juni eines jeden Jahres werden Examina abgehalten zu dem Zwecke, eine nach dem voraussichtlich 3 Jahre später eintretenden Bedarf vorher zahlenmässig fest bestimmte Anzahl bestqualifizirter Aspiranten für die Fachausbildung aus den sich meldenden Bewerbern auszusondern.

Das Konkurrenzexamen findet in London selbst an einem lange Zeit, in der Regel dreiviertel Jahr, vorher bestimmten Termine, meistens im Hochsommer, statt. In diesem Jahre,

1894, am 1. August. Da die Bedingungen sowohl für die Zulassung als für die Prüfungsgegenstände in letzter Zeit kaum geändert sind, auch die Zahl der eingestellten Kandidaten bei der verhältnissmässig grossen Anzahl der zu besetzenden Stellen¹⁾ nur in engen Grenzen schwankt, so kann

¹⁾ Nach der Indian Office List von 1893 (S. 51) sind in der indischen Civilverwaltung folgende Beamte thätig (eine Verdeutschung der einzelnen Aemter war nicht durchzuführen und ist deshalb ganz unterblieben). Die Gehälter sind in Rupies im Nominalwerth von 1,92 Mk. angegeben, der wirkliche Werth ist bekanntlich viel geringer und besonders noch in den letzten Jahren bedeutend gesunken. Dieselben unterliegen einem Abzug von 4 Prozent.

I. Beamte der Centralverwaltung.		Jahresgehalt Rs.
Viceroy and Governor-General		2,50,800
Private Secretary to Viceroy		24,800
Military Secretary and Aide-de-Camp to Governor-General		18,000
Aide-de-Camp to Governor-General, Funktionszulage		3,600
Surgeon to do.		14,400
Commander-in-Chief of India		1,00,000
Military Secretary and Aide-de-Camp to Commander-in-Chief in India		18,000
Members of the Supreme Council		76,800
Secretaries to the Government of India in the Revenue, Financial, Foreign, and Home Departments		48,000
Secretaries in the Legislative and Military and Public Works Departments		42,000
Deputy Secretaries to the Government of India in the Financial and Foreign Departments		27,000
Deputy Secretaries to the Government of India in the Legis- lative and Home Departments		24,000
Governors of Madras and Bombay		1,20,000
Private Secretaries to Governors of Madras and Bombay		18,000
Surgeons to Governors of Madras or Bombay		12,000
Military Secretary and Aide-de-Camp to Governor of Madras or Bombay		12,000
Aides-de-Camp to Governor of Madras or Bombay, eine Zu- lage von je		3,600
Commanders-in-Chief in Madras and Bombay		66,000
Military Secretary & Aide-de-Camp to Commander-in-Chief, Madras or Bombay		12,000
Chief Justice of Bengal		72,000

hier die Mittheilung der Bedingungen für das diesjährige Konkurrenzausschreiben genügen, an deren Spitze noch ausdrücklich auf die Möglichkeit von Abänderungen in späteren Jahren hingewiesen ist.

Falls sich soviel qualifizierte Bewerber finden, werden

	Jahresgehalt Rs.
Chief Justices of Madras, Bombay, and the North-Western Provinces	60,000
Puisne Judges of the High Courts of Calcutta, Madras, Bombay, and the North-Western Provinces	45,000
Judges of the Chief Court, Punjab	42,000

II. Provinzialverwaltung.

Bezüglich der Beamten der Provinzialverwaltung mögen nur die Angaben über zwei der wichtigsten Provinzen, die gerade in diesem Jahre eine hohe Ergänzungsziffer haben, hier Platz finden.

Bengal.	Jahresgehalt Rs.
1 Lieutenant Governor	1,00,000
2 Members of the Board of Revenue je	48,000
8 Commissioners of Divisions je	35,000
3 Secretaries to Government 1	40,000
„ „ „ 2 je	35,000
3 Under Secretaries to Government je	12,000
1 Secretary to Board of Revenue	30,000
1 Junior Secretary to Board of Revenue	21,600
2 Opium Agents je	36,000
1 Excise Commissioner	33,600
14 Magistrates and Collectors, 1. Klasse je	27,000
16 „ „ 2. „ „	20,000
7 „ „ 3. „ „	18,000
23 Joint Magistrates and Deputy Collectors, 1. Klasse je	10,800
11 „ „ „ „ 2. „ „	8,400
43 Assistant Magistrates und Collectors	4,800 bis 6,000
14 District and Sessions Judges, 1. Klasse je	30,000
14 „ „ „ 2. „ „	24,000
2 Registrars, High Court	20,400 und 22,500
1 Director of Agriculture	27,000
1 Commissioner (Non-Regulation Commission)	30,000
1 Judicial Commissioner	30,000
2 Deputy Commissioners, 1. Klasse je	22,000
3 „ „ 2. „ „	20,000
3 „ „ 3. „ „	16,000
3 Assistant Commissioners „	9,600

in diesem Jahre nicht weniger als 60 Kandidaten ihre Fachstudien beginnen und zwar 14 derselben mit der Bestimmung für die unteren Provinzen von Bengal (mit Assam), 25 für die oberen Provinzen von Bengal (mit Punjab, Oudh und den Zentral-Provinzen), 6 für Birma, 8 für Madras und 7 für Bombay.

Die Bedingungen für die Zulassung sind:

1. die englische Staatsangehörigkeit,
2. ein Alter von über 21 und unter 23 Jahren am 1. April 1893 (1854 war die Grenze 18—23 Jahre),
3. körperliche Gesundheit und Tropendienstfähigkeit,
4. tadellose Führung.

Der von der Kommission zum Examen zugelassene Kandidat heisst Probationer. Für die Zulassung ist eine Gebühr von £ 5 = 100 *M* zu zahlen. Stellt sich nachträglich heraus, dass der zugelassene Probationer eine der vorgeschriebenen, oben aufgeführten Bedingungen nicht erfüllt,

		Burma.	Jahresgehalt Rs.
1	Chief Commissioner		80,000
1	Chief Secretary to Chief Commissioner		36,000
2	Secretaries to Chief Commissioner	21,600 und	24,000
2	Under Secretaries je		14,400
1	Assistent Secretary		9,600
1	Financial Commissioner		36,000
1	Director of Land Records and Agriculture		21,600
8	Commissioners of Divisions je		30,000
8	Deputy Commissioners, 1. Klasse je		22,000
10	„ „ 2. „ „		20,000
10	„ „ 3. „ „		16,000
6	„ „ 4. „ „		14,400
10	Assistant Commissioners, 1. Klasse je		12,000
11	„ „ 2. „ „		8,400
11	„ „ 3. „ „		7,200
36	„ „ 4. „ „		6,000
2	Judicial Commissioners	34,560 und	36,000
1	Recorder of Rangoon		34,560
1	Judge of the Town of Moulmein		19,200
1	Additional Sessions Judge, Pegu and Irrawaddy Divisions		27,000
1	Civil Judge, Mandalay Town	8,400 bis	12,000
1	First Judge, Court of Small Causes, Rangoon	12,000 bis	15,000

so kann er noch nachträglich zurückgewiesen werden und darf sich nicht von neuem melden.

Bezüglich der englischen Staatsangehörigkeit, des Erfordernisses ein „Natural born subject of her Majesty“ zu sein, sind die Grenzen sehr weit gezogen, da nach englischem Staatsrecht die naturalisirten Ausländer mit wenigen, hier nicht in Betracht kommenden Ausnahmen den geborenen Engländern vollkommen auch in öffentlich-rechtlicher Beziehung gleichstehen. Noch weniger besteht ein Unterschied zwischen den in England selbst und den in den Kolonien geborenen Unterthanen.

Das Alter des Kandidaten muss durch ein standesamtliches Geburtsattest, welches frühestens vom 31. August 1888 datirt, also höchstens vier Jahre alt sein darf, nachgewiesen werden. Ferner muss dem Gesuch ein frühestens vom 1. Mai 1894 datirtes ärztliches Attest für die Tauglichkeit zum indischen Civildienst, sowie zwei an dieselbe Zeit gebundene Führungsatteste, von denen das eine von einem Nichtverwandten auf Grund 3 bis 4jähriger Bekanntschaft, das andere von dem letzten Lehrer, College Tutor, u. s. w. ausgestellt ist, beigelegt sein. Endlich hat der Kandidat auf dem ihm zugänglich gemachten Meldungsformular diejenigen Prüfungsgegenstände, in denen er geprüft sein will, zu bezeichnen.

Dies hängt zusammen mit dem englischen Prüfungswesen, nach dem den Kandidaten eine grössere Anzahl von Fächern zur freien Wahl gestellt wird, in deren jedem sie eine bestimmte Anzahl von Points als Maximum erreichen können. Die Höhe der erreichbaren Points bezeichnet zugleich die Wichtigkeit, welche dem betreffenden Prüfungsgegenstande beigelegt wird. Die zusammenaddirten Points ergeben das Prüfungsergebnis. Kein Gegenstand ist obligatorisch, so dass der Kandidat streng genommen nicht einmal einen englischen Aufsatz zu schreiben verstehen brauchte, wenn nicht das Examen, das im wesentlichen ein schriftliches ist, in dieser Sprache abgenommen würde. Zu der schriftlichen Prüfung tritt eine mündliche nur in der franzö-

sischen und englischen Sprache und Litteratur, falls der Kandidat diese wählt, sowie eventuell eine praktische für die Naturwissenschaften. Die eingereichte Liste der ausgewählten Prüfungsgegenstände darf nach dem 1. Juli nicht mehr geändert, verkürzt oder erweitert werden, abgesehen davon, dass der Kandidat auch noch später von dem mündlichen oder praktischen Examen zurücktreten kann. Wenn man die verhältnissmässig selten ausgewählten beiden orientalischen Sprachen und die auch nicht häufig gewählten juristischen Disciplinen ausser Betracht lässt, umfasst das Zulassungs-Examen im wesentlichen die sogenannten Humaniora.

Im einzelnen sind die Prüfungsgegenstände die folgenden: (die Zahlen rechts bedeuten die Maximalsumme der erreichbaren Points):

	Points.
Englischer Aufsatz	500
Sanskritsprache und Litteratur	500
Arabische Sprache und Litteratur	500
Griechische Sprache und Litteratur	750
Lateinische Sprache und Litteratur	750
Englische Sprache und Litteratur, insbesondere eine von der Prüfungskommission vorher bekannt ge- machte Epoche ²⁾	500
Französische Sprache und Litteratur	500
Deutsche Sprache und Litteratur	500

²⁾ Für 1894 sind die folgenden Werke in dem „Syllabus“ aufgeführt:
 Pope: Moral Essays, Epistles, and Satires;
 Thomson: Seasons;
 Gray: Poems;
 Cowper: Task;
 Crabbe: Borough;
 The „Spectator“;
 Berkeley: Minute Philosopher;
 Burke: On the French Revolution; Thoughts on the Present Dis-
 contents;
 Johnson: Lives of the Poets;
 Sir Joshua Reynolds: Discourses.

	Points
Niedere Mathematik	900
Höhere Mathematik	900
Naturwissenschaften, jedoch höchstens drei der folgenden Gegenstände:	
Elementar Chemie und Physik (jedoch nicht für Kandidaten in einem der beiden folgenden Fächer):	
höhere Chemie	600
höhere Physik	600
Geologie	600
Botanik	600
Zoologie	600
Physiologie	600
Alte Griechische Geschichte	400
Alte Römische Geschichte	400
Englische Geschichte	500
Allgemeine neuere Geschichte (der Kandidat kann eine oder mehrere der zur Wahl gestellten Perioden, von denen eine auch indische Geschichte einschliesst, bezeichnen. ³⁾)	
Logik	400
Ethik	400
Nationalökonomie und Wirthschaftsgeschichte	500
Sozialwissenschaften	500
Römisches Recht	500
Englisches Obligationen-, Straf-, Zivilprozess- und Verfassungsrecht	500

Wie die vorstehende Uebersicht ergiebt, ist ein sehr grosses Gewicht auf die Mathematik, in der allein 1800 Points

³⁾ Für 1894 sind die zur Wahl gestellten Geschichtsperioden die folgenden:

1. Von der Kaiserkrönung Karls des Grossen bis zum dritten Kreuzzug (800—1193).
2. Vom dritten Kreuzzug bis zum Reichstag von Worms (1193—1521);
3. Vom Wormser Reichstag bis zum Tode Ludwig XIV. (1521—1715);
4. Von der Thronbesteigung Ludwigs XV. bis 1848.

Die beiden letzten Perioden umfassen auch indische Geschichte.

erreicht werden können, gelegt. Sonst erheben sich nur Griechisch und Lateinisch mit je 750 Points über das Niveau von 400—500 Points.

Durch das Bestehen des Gesamtexamens erwirbt der „selected candidate“ die Berechtigung zur eigentlichen Spezialausbildung für den indischen Dienst. Andererseits aber hat der bestandene Kandidat auch die Verpflichtung, nunmehr sofort die eigentliche Fachausbildung zu beginnen, widrigenfalls er sein Anrecht aus dem bestandenen Examen verliert und von jedem künftigen Wettbewerb ausgeschlossen wird.

Die Fachausbildung erfolgt auf einer der privilegierten Anstalten, vorzugsweise auf einer der von dem Imperial Institute eingerichteten „School of Modern Oriental Studies“ für die sprachliche Seite und auf der Indian School für den juristischen Theil des Unterrichts. Die Vorlesungen dieser Anstalt sind mehrfach mit denen der beiden Londoner Hochschulen „University College“ und „King's College“ combinirt. Ferner haben die alten Landesuniversitäten Oxford und Cambridge, sowie die zu Dublin, Glasgow, Aberdeen und St. Andrew's das Privileg zur Ausbildung für den Civil Service.

Die Ausbildungsdauer betrug früher und zwar seit 1866 zwei Jahre, seit 1892 ist dieselbe auf ein Jahr abgekürzt. Es muss sehr dahingestellt bleiben, ob es auch nur einer Minderzahl von Kandidaten gelungen sein mag, in einem, wenn auch zweijährigen, doch von langen Ferien unterbrochenen Kursus bei nur zweistündigem Unterricht wöchentlich sich diejenige Fertigkeit im Auffassen und Gebrauch der orientalischen Sprachen zu erwerben, welche wünschenswerth gewesen wäre, zumal die meisten Kandidaten zwei, drei derselben, ja noch mehr gleichzeitig neben den sonstigen Studien betrieben. Von den „klassischen“ Sprachen Indiens waren schon früher Sanskrit, arabisch und persisch, von den modernen das Bengali, Guzerati, Hindi, Hindustani u. a., aus den Realien besonders Geschichte und Geographie von Indien Prüfungsgegenstände, dann aber auch Fächer wie Zoologie und Agrikulturchemie, endlich Nationalökonomie und besonders „Jurisprudence“.

In letzterem Fach wurde ein Ueberblick über das englische Recht, wie dasjenige des Islams und der Hindu verlangt. Die Studien zerfielen in drei Abschnitte, in deren erstem eine Art Encyklopädie und die Prinzipien des englischen Prozessrechts, vom indischen Recht aber die Grundzüge der beiden umfangreichen Kodifikationen der Engländer, des Indian Penal Code und des Indian Criminal Procedure Code vermittelt wurden. Die Studien der zweiten Periode umfassten die Theorie des englischen Civilprozesses, ein Prozesspraktikum und die „Hauptprinzipien“ des englischen Obligationen- und Strafrechts. Auch wurden während derselben die Institutionen Justinians überliefert — damals noch das einzige Ueberbleibsel des römischen Rechts im Rahmen der Prüfungsordnung. Die dritte Periode war abgesehen von der Contractact, dem Studium des islamischen und des Hindu-Rechts vorbehalten.

Es wurde also schon damals von der Kenntniss umfassender, für Indien allerdings minder wichtiger, aber schwerlich ganz zu entbehrender Rechtsgebiete, wie des englischen Staatsrechts und des englischen Sachen-, Familien- und Erbrechts völlig abgesehen.

Die Reform von 1892.

Wie schon oben angedeutet, ist das englische Recht in der neuesten Prüfungsordnung von 1892, die sich durch eine grössere Einfachheit auszeichnet, gänzlich gestrichen. Nach derselben sind nur drei Prüfungsgegenstände obligatorisch:

	Points
1. Indisches Straf- und Strafprozessrecht (1882) . .	500
2. Die Eingeborenensprache der Provinz, für welche der Kandidat bestimmt ist	400
3. Geschichte von Britisch-Indien	300

Die obligatorischen Sprachen sind:

Hindustani für die Unteren Provinzen, Oudh und Punjab;
Bengali für die Oberen Provinzen von Bengal und Assam;
Tamil für Madras;

Marathi für Bombay;
 Birmanisch für Birma.

Die fakultativen Fächer sind auf folgende 6 beschränkt:

	Points
1. Indisches Civilprozess- und Obligationen-Recht .	450
2. Hindu- und islamisches Recht	350
3. Sanskrit ⁴⁾	400
4. Arabisch ⁴⁾	400
5. Persisch	400
6. National-Oekonomie ⁴⁾	400

Jeder Kandidat kann sich nur in zwei fakultativen Fächern melden, während ihnen früher die grosse Reihe der anderen Eingeborenensprachen zur Verfügung stand, was von Pointsjägern benutzt wurde, um Mängel in obligatorischen Fächern auszugleichen, während jetzt die Anzahl der im Schlussexamen erreichbaren Points gegenüber dem Zulassungsexamen eine sehr beschränkte ist.

Nach der neuen Prüfungsordnung ist bisher nur einmal und zwar im Oktober 1893 (vom 2.—10.) geprüft worden.

Schon bei Beginn des Studiums, also im Sommer 1892, wurde den Kandidaten ein Verzeichniss derjenigen Bücher (text-books) mitgetheilt, deren Kenntniss bei dem Examen vorausgesetzt werden sollte.

Bezüglich des Studiums der indischen Gesetzbücher werden die Kandidaten auf den Text verwiesen unter Mittheilung der für das Studium entbehrlichen Abschnitte. Für das Hindu-recht wird Mayne's Hindu Law and Usage, für das islamische Rumsey's Muhammadan Law of Inheritance empfohlen. Demgemäss musste sich das Examen im islamischen Recht im wesentlichen auf das Erbrecht beschränken.

Für die Geschichte von Britisch-Indien werden ausser dem Kartenstudium folgende Werke zu Grunde gelegt:

Hunter's Indian Empire;
 Keene's Fall of the Moghul Empire;

⁴⁾ Jedoch nicht für die Kandidaten, die in diesen Fächern bereits im Zulassungsexamen geprüft sind.

Owen's Wellington and Wellesley Despatches;
Marshman's History of India;
Holme's History of the Indian Mutiny;
Shmith's Student's Geography of India.

Es würde zu weit führen, die weiteren Hilfsmittel, insbesondere für die zahlreichen Sprachen, hier wiederzugeben.

Wie bei der Open-Competition ist das Examen im Wesentlichen ein schriftliches. Die Prüfungsdauer für jedes Fach beträgt 3 Stunden.

Der Charakter des Examens und die in demselben gestellten Anforderungen dürften am besten aus den in dem letzten Examen gestellten Aufgaben hervorgehen.

Für das indische Strafrecht waren deren 10 gestellt:

1. Der Einfluss
 - a) des Alters,
 - b) des Zwanges,
 - c) der Trunkenheit,
 - d) der Anreizung,
 - e) der Einwilligungauf die Beurtheilung der Straftat.
2. Die Fälle der erlaubten Selbsthülfe.
3. Der Versuch im Indian Penal Code.
4. Unterschiede zwischen civilrechtlicher und strafrechtlicher Schadenszufügung.
5. Die verschiedenen Arten der unrechtmässigen Zueignung im Indian Penal Code.
6. Der Thatbestand des Delikts der gesetzwidrigen Versammlung und die strafverschärfenden Momente desselben.
7. Die Behandlung
 - a) des Selbstmordes,
 - b) des Duells.
8. Der Thatbestand des Meineids und die Bestrafung desselben.
9. Die einzelnen Fahrlässigkeitsdelikte und ihr gemeinsames Prinzip.

10. Die Bestimmung des Penal Code über die auf die Ehe bezüglichen Delikte und ihre Abweichung von dem englischen Recht.

Für den

Strafprozess

lauteten die Aufgaben folgendermaassen:

1. Die Fälle der Verhaftung ohne Haftbefehl.
2. In welchen Fällen und von welchen Behörden kann eine Person zur Sicherheitsleistung für gute Dienste gezwungen werden?
3. Welche Maassregeln können nach dem indischen Strafprozess in Bezug auf gesetzwidrige Versammlungen angewandt werden.
4. Die hauptsächlichsten Ausnahmen vom Forum delicti commissi.
5. Geben Sie ein Beispiel einer Anklage wegen Betrugs.
6. Aufzählung und Beschreibung der Ausnahmen von der Regel einer besonderen Anklage und eines besonderen Prozesses für jedes einzelne Delikt.
7. Was versteht man unter „summons case“ und „warrant case“ und welches sind die Hauptunterschiede im Verfahren?
8. Die Bestimmungen über das Verhör von Angeklagten.
9. Die Hauptunterschiede zwischen dem Juryverfahren in England und in Indien.
10. Welche Rechtsmittel kennt der Code gegen rechtswidrige Freiheitsberaubung?

Geschichte von Brittisch Indien.

1. Die natürliche Eintheilung Indiens nach Hunter.
2. Was lehren die Vedas über den Ursprung der Arier, ihr Eindringen in Indien und ihr Leben dort bis zum Emporkommen des indischen Buddhismus?
3. Die Dauer, das Schicksal und das Endresultat des letzteren.

4. Die Hauptarten und Eigenschaften der verschiedenen mohammedanischen Dynastien von Ober-Indien und Dekhan.
5. Kurze Darstellung des Mahratta-Bundes von der Zeit Jahangir's bis zum Tode Aurangzeb's.
6. Uebersicht über den wirthschaftlichen und politischen Verkehr der europäischen Kolonien mit Indien von der Gründung Goa's durch die Portugiesen bis zur Erbauung Kalkutta's durch die Britten.
7. Die Beziehungen zwischen den Britten und den Maharatten von 1779 bis 1818.

Es würde hier zu weit führen, sämmtliche Aufgaben (Examination Papers), insbesondere aus dem Gebiet der einzelnen Sprachen, wiederzugeben. Bemerkt sei nur, dass die ersten Fragen durchgehend einfach sind. Häufig bestehen sie in der Bildung einer kleinen Anzahl grammatischer Formen. Die Materialien zur Uebersetzung aus der fremden Sprache in das Englische sind stets umfangreicher als die für die Uebersetzung aus dem Englischen in die fremde Sprache. Auch ist die letztere viel einfacher gehalten als jene.

Ein Hauptgewicht wird beim Schlussexamen auf die Fertigkeit im Reiten gelegt, ohne die ein — wenn auch sonst vorzüglich bestandener — Kandidat als nicht bestanden gilt.⁵⁾ Die darin gestellten Anforderungen sind ziemlich hohe, da der Kandidat nicht nur eine grössere Reise zurückzulegen, sondern auch seine Kunst im Barrierenehmen zu zeigen hat. Auch das Oeffnen von Thüren zu Pferde ist erforderlich. Hat der Kandidat den Anforderungen nicht genügt, aber doch einige Fertigkeit in der Reitkunst erlangt, so wird er zwar vorläufig ausgesandt, hat aber in Indien eine Ergänzungsprüfung im Reiten zu bestehen, bis zu deren Ablegung er nur das Minimalgehalt bezieht.

⁵⁾ Dieser Umstand beruht einmal in der nationalen Vorliebe des Engländers für den Reitsport, weiter auch darin, dass die vornehmen Inder selbst meist gute Reiter sind und doch den englischen Beamten nicht in den Schatten stellen dürfen.

Kandidaten, die das Schlussexamen nicht bestanden haben — also auch die weniger als mittelmässigen Reiter — dürfen sich zur Wiederholung der Prüfung nicht melden.

Schlussbetrachtung.

Im Grossen und Ganzen hat das Schlussexamen durch die Reform von 1892 viel von seiner früheren, durch die Mannigfaltigkeit der Unterrichtsgegenstände bedingten Eigenthümlichkeit verloren und hat sich in Bezug auf die obligatorischen wie fakultativen Fächer ziemlich eng an das holländische Vorbild angeschlossen, nur dass die Studienzeit jetzt eine viel kürzere geworden ist. Ein Zwang zum Besuch einer bestimmten Vorbildungsanstalt findet auch in England nicht statt. Jedoch erhalten nur diejenigen Probationers eine „allowance“ von £ 100 = 2000 *M.*,⁶⁾ welche ihre Studien auf einer der privilegierten Anstalten machen. Die Professoren an den letzteren finden sich mit wenigen Ausnahmen nicht in der Prüfungskommission, vielmehr setzt sich die letztere grösstentheils aus pensionirten höheren indischen Beamten zusammen, die selbst einmal das Schlussexamen bestanden haben. Während der ganzen Dauer der probation stehen die Schüler unter der Aufsicht der civil service commissioners.

Die Avancementsverhältnisse in den einzelnen Provinzen sind zu verschieden, als dass dieselben hier mitgetheilt werden könnten. Nach ihrer Ankunft in Indien erhalten die jungen Kandidaten nicht sofort ein eigenes Kommando, sondern werden einem höheren Beamten attachirt als „ineffective officers“. Aber sie gehören schon zu dem sogenannten „covenanted service“, dem eigentlichen Verwaltungsapparat, während alle technischen Beamten — mit Ausnahme von 70 höheren, die auch zum „civil service“ im engeren Sinne rechnet werden — den „uncovenanted service“ bilden. Letzterer zählt 5000 Beamte, davon etwa $\frac{2}{3}$ Nicht-Europäer,

⁶⁾ Solange die probation noch 2 Jahre währte, betrug dieselbe sogar £ 300 = 6000 *M.*

ersterer rund 1000, unter denen sich kaum ein Dutzend der indischen Aristokratie angehörige Eingeborene befinden, die ihre Studien in England gemacht haben. Zum Schluss sei noch auf eine private Anstalt, eine Aktiengesellschaft, hingewiesen, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, praktisch für den Kolonialdienst vorzubereiten.

Das Colonial College,

oder wie sein voller Name heisst: The Colonial College and Training Farms, Limited, liegt eine gute deutsche Meile nördlich von Harwich an der Hollesley Bay in Suffolk und ist ein im Januar 1887 mit Unterstützung der englischen Regierung gegründetes Privatunternehmen. Es soll die zukünftigen Kolonisten, nicht Kolonialbeamten allein, praktisch auf ihre künftige Karriere vorbereiten, sie angemessen körperlich und technisch ausbilden und auf diese Weise so weit als möglich in ihre künftige Laufbahn einführen.

Die Lage der ausgedehnten Besitzungen des College ist denkbar günstig. Das Klima ist sehr gesund, da die Ländereien zwischen der See einerseits und ausgedehnten Wäldungen andererseits liegen. Sie umfassen ungefähr 1330 Acres oder 3400 Morgen, die sich auf Weide-, Acker-, Heide- und Forstland vertheilen. Dazu kommen 500 weitere Acres Acker- und Weideland, welche von dem Institut gepachtet sind und bewirthschaftet werden. In Ausdehnung von über einer englischen Meile wird dieses ganze Gebiet von der Alde, in der sich der Einfluss von Ebbe und Fluth bemerkbar macht, durchschnitten. So ist auch, abgesehen von der See, die Möglichkeit zu fischen, Boot zu fahren und zu baden geboten. Entsprechend den sonstigen englischen Unterrichtseinrichtungen ist das Jahr in drei Theile, sogenannte Terms, vom 1. Februar bis zum 16. Mai, vom 16. Mai bis 26. September und vom 26. September bis zum 1. Februar, getheilt.

Der Pensionspreis, einschliesslich des Unterrichts, aber ohne Wäsche,⁷⁾ beträgt pro term für Zöglinge unter 17 Jah-

⁷⁾ Für diese sind £ 1 10 sh. = 30 M pro term zu entrichten.

ren £ 30 = 600 *M*, für solche von 18—20 Jahren £ 36 = 720 *M* und für ältere £ 42 = 840 *M* pränumerando. Die Disciplin ist eine ziemlich strenge. Es ist verboten, geistige Getränke, Feuerwaffen, Hunde und andere Thiere in die Anstalt zu bringen und im College und in den Wirthschaftsgebäuden zu rauchen, abgesehen vom Rauchsalon.

Die Zöglinge haben um 9 Uhr im Schulgebäude und um 10 Uhr auf ihren Zimmern zu sein. Nach 10¹/₂ darf kein Licht mehr gebrannt werden. Der Sonntags- und sonstige Gottesdienst, der im College abgehalten wird, ist obligatorisch. Jeder Schüler hat ein vollständiges Tagebuch über seine Arbeiten und Beobachtungen zu führen. Bei seinem Eintritt in das College wird jeder Zögling auf die obige Bestimmungen enthaltenden „Rules and regulations“ verpflichtet.

Im einzelnen umfasst die praktische Ausbildung folgende Gegenstände:

1. Ackerbau,
2. Viehzucht,
3. Milchwirthschaft,
4. Thierarzeneikunde,
5. Feldmesskunde,
6. Schmiede-, Zimmer- und Sattlerarbeiten;

abgesehen von den eigentlichen Leibesübungen: Reiten, Schwimmen, Bootfahren. Daneben geht ein täglich zweistündiger, theoretischer Unterricht in Ackerbau, Geologie, Mineralogie, Zoologie, Botanik, Chemie, Forstlehre, Feldmesskunde, Thierarznei- und Baukonstruktionslehre, sowie die Unterweisung in St. John's ambulance work. Auch wird eine Anleitung in allgemeiner und landwirthschaftlicher Buchführung gegeben. Bezüglich der Einzelheiten sei auf den folgenden Auszug aus dem Prospect des Colonial College verwiesen.

Synopsis of the instruction of the Colonial College.

Agriculture.

Field cultivation. The Pupils have the opportunity of seeing — and of practically joining in — the rotation of Agricultural work, viz.: —

autumn cultivation — ploughing for, and drilling wheat — storage of roots for the winter — preparation of the summer lands and spring corn lands — planting of barley, vats, turnips, mangel-wurzel, potatoes, carrots, field cabbages, green fodder crops, &c., sowing of grasses, clovers, &c., hoeing and cultivation of root crops, ensilaging of green fodder crops, cutting and securing of hay crops — harvesting and threshing of corn, &c. Field classes, out-of-door lectures, and demonstrations are given on the various details of the theory and practice of agriculture, &c.

Implements. — There are opportunities of using and comparing various implements manufactured specially for the Colonies. Bullock ploughs are in constant use.

Gardens. — There are very large Fruit and Vegetable Gardens (10 acres in extent) in which a thorough grounding in the principles of gardening, a knowledge of the best sorts of fruit and vegetables, and how to grow them; how to prune, bud and graft fruit trees, &c., may be acquired.

Bee Culture is taught and practised.

Forestry, Tree Planting, &c. — A certain quantity of planting is done every year on the College Estate, which is already well timbered. Felling, measuring, and converting timber for use on the Estate are practised. A Knowledge of the value of timber as well as how to plant and manage young plantations, is most valuable. Over vast regions of Canada and Australia, for example, shelter is needed if the land is to be profitably developed. On the other hand a knowledge of the value of timber would prevent the reckless destruction of trees so injuriously prevalent in some new countries.

Live Stock.

Horses. — The district is celebrated for its breed of cart horses. Endeavour is made to keep in the front rank for horses and colts bred on the College Farms (for export to the Colonies, &c.) 70 to 80 horses and colts are always kept.

Bullocks. -- Large numbers of various breeds — Shorthorns, Scots, &c., are regularly grazed and fattened.

Sheep. — Great attention is given to the breeding and grazing of Sheep, for which the farms are particularly well suited. A breeding flock of the celebrated Suffolk blackfaced ewes, of high character, is kept, while, to illustrate fattening capabilities and the growth and qualities of wool, there are usually several hundred of grazing sheep of various breeds, and the Pupils are instructed in their relative merits and characteristics. They assist the Shepherds throughout the year, and are familiarized with all the work connected with this important department.

Swine. -- A large number of swine of the best breeds are bred and fattened.

Poultry. -- Poultry of several principal kinds are kept at the Poultry farm.

Dairy.

There is a large Dairy, with every modern appliance, and a herd of about 50 cows, illustrating the principal milking breeds, viz.: Shorthorn, Suffolk red polled, Channel Island, Brittany, Kerry, Ayreshire, &c., is kept. The dairying operations are made as varied as possible to afford instruction and experience valuable alike for large or small dairies, and for hot or cold climates, the Pupils taking part in these operations, as well as in milking. Butter of the highest quality is made for consumption in the College and for sale.

Veterinary Practice. — Owing to the large quantity of stock kept, there is always practice for the Professor and Pupils on the College and neighbouring farms. There are poste-mortem examinations, demonstrations, and daily practical instruction.

Riding is systematically taught, lessons being given daily in the riding-ring.

Land Sureying and Levelling. — There is a daily out-door class for field work, measuring land, buildings, timber and piece work, levelling for draining, irrigation, &c., under the direction of the Professor.

Boating, Pontooning, Swimming, &c. — An experienced Ex-Coast-guard has charge of the College boats, and teaches, rowing, swimming, pontooning, and rafting, knotting and splicing, net-making and mending, &c., also exercise-drill, fencing, &c.

Workshops.

There are extensive Carpenter's, Wheelwright's, and Blacksmith's shops and Shoeing forge, in which all the repairs of waggons, carts, and implements, shoeing of horses, making of gates, fencing, &c., required on the Estate are carried on. The Pupils have therefore the best possible opportunity for acquiring practical knowledge and experience in this department.

Engineer's and Smith's Work. — The Pupils are taught to drive a farm engine, to weld, rivet, repair broken implements and machinery, to make horse-shoes, and shoe horses, &c.

Carpenter's and Wheelwright's Work. — They are taught to put up wooden buildings, brace a wooden roof, make and erect a frame house, repair carts, gates, fences, and implements.

Saddlery and Harness Rooms. — They are taught and assist to mend harness, for which there is constant practice.

Dass das Colonial College einem praktischen Bedürfniss („Just the thing that is wanted“) entsprach, zeigt sein Erfolg. Ursprünglich nur auf 40 Schüler eingerichtet, musste es

bald erweitert werden, und hat seitdem durchschnittlich 60 künftigen Kolonisten eine praktische Anschauung von ihrer späteren Thätigkeit gegeben. Wie der damalige, 1887 zum Baron Knutsford kreirte Staatssekretär der Kolonien an einem Speech day der Anstalt (16. Juli 1890) hervorhob, besteht der Vortheil dieser Anstalt darin, dass sie ihren Schülern „schnell eine Anschauung von den verschiedensten Berufszweigen vermittelt und so ihr Wissen erweitert, ihren Blick schärft und ihre Hand stählt.“ Besonderer Werth sei auch auf die persönlichen Beziehungen zu legen, durch die sich ein gewisser Korpsgeist herausbilde.

Das Colonial College ist auf der einen Seite eine landwirthschaftliche Lehranstalt, wie auch wir deren haben, auf der anderen Seite gewährt sie den künftigen Kolonisten Anleitung für die Hantirungen der Bootsmacher und Zimmerleute; der Sattler und Schmiede u. s. w. Das Zimmern von Blockhütten wie von Booten gilt als eine besonders erwünschte Zerstreuung. Zu weit dürfte es wenigstens nach unseren Begriffen führen, wenn die Schüler, die nach dem gezahlten Pensionspreis zu urtheilen, ausnahmslos den wohlhabenden Ständen angehören, auch im Kochen und Brotbacken, sowie im Stricken und Sticken unterwiesen werden. Jedenfalls werden die Zöglinge durch alle diese Beschäftigungen an das einsame Leben in den Kolonien, wo auf so manchen im Mutterlande selbstverständlichem Komfort verzichtet werden muss, in wirksamer Weise gewöhnt. Unter Mitwirkung der Schüler lässt das Colonial College ein eigenes Organ („Colonia“) erscheinen.

Das College ist gewissermaassen ein grosses Gut mit vielen Volontairen. Die letzteren lernen unter Aufsicht tüchtiger Inspektoren alle Arbeiten der englischen Landwirthschaft insbesondere Pflügen, Pflanzen, Säen, das Einbringen der Ernte kennen und erhalten auch praktische Anweisung in der Tropenagrikultur. Noch besser wird den Zöglingen durch das in den verschiedensten Rassen vorhandene Material ein praktischer Einblick in den Betrieb der Viehzucht in den englischen Kolonien eröffnet.

Der Besuch der Anstalt kann sich auf einen einzelnen term beschränken, worüber der Schüler eine Bescheinigung erhält. Das „College certificate“ wird erst nach zweijährigem Besuch der Anstalt ertheilt.

Schon vor Jahren hat Professor Dr. Schäfer den Vorschlag gemacht⁸⁾, ein ähnliches Institut in Deutschland zu gründen und zwar besonders für die zur Auswanderung geneigten jüngeren Söhne der deutschen Landwirthe, die zum Theil die Vorträge nach vorausgegangener Ausbildung auf einer Landwirthschaftsschule entbehren könnten und vielfach für die englische „Trainirung“ einen Ersatz in der trefflichen Schule des Militärdienstes fänden. „Was ihnen fehle, das sei eine praktische Unterweisung in den gerade für das Kolonistenwesen erforderlichen Kenntnissen und Handfertigkeiten. Zur Erlangung derselben würden sie vielleicht gern ein oder zwei Jahre unentgeltlich oder für geringes Lehrgeld auf einem Landgut arbeiten, wenn dieses ihnen das Bild einer überseeischen Wirthschaft zu geben vermöchte. Sollte die Urbarmachung etwa eines mit Wald bestandenen Areals in der Lüneburger Haide, verbunden mit der dort sehr lohnenden Viehzucht, nicht viele Anknüpfungspunkte bieten, durch deren geschickte Benutzung ein Stück Kolonistenleben in Deutschland darzustellen wäre? Wenn eine Gesellschaft eine derartige Grundfläche erwürbe, so könnte sie unter Benutzung älterer Kolonisten den doppelten Zweck erreichen, erstens Kolonisten auszubilden und zweitens billig und kostenfrei ein grösseres Landgut zu schaffen.“ Sollte ein derartiges Unternehmen ins Leben treten, so könnten ohne Schwierigkeit auch für die künftigen Kolonialbeamten, die gerade jetzt, wo die kulturellen Anlagen in jeder unserer Kolonien auf der Tagesordnung stehen, eines wenn auch nur ungefähren Verständnisses der Verhältnisse bedürfen, Kurse eingerichtet werden besonders während der Sae- und Erntezeit. Letztere fällt annähernd mit den Universitäts- und Gerichtsferien zusammen. Falls nicht besondere Gründe vor-

⁸⁾ Deutsche Kolonial-Zeitung, Jahrg. 1890 S. 32.

liegen, würde ein Terrain in der Nähe von Berlin, etwa in der Gegend der Märkischen Schweiz oder der Schorfhaide vorzuziehen sein. Dann könnten auch die wissenschaftlichen Unterweisungen, unter Umständen zum Theil auf der Forstakademie zu Eberswalde oder in Anschluss an dieselbe erfolgen. Selbst wenn ein derartiges Unternehmen nicht gegründet würde, sollte sich unschwer eine Gutsverwaltung finden, die besonders in den Sommerferien eine Anzahl Kolonialaspiranten als Volontaire aufnähme, die dort unter spezieller Leitung eines Fachmannes Vorstudien machen könnten.

(*Wichtiges für den*)

III. Frankreich.

Unsere westlichen Nachbarn mit einem Kolonialgebiet von $3\frac{1}{2}$ Millionen Quadratkilometer, dessen Bevölkerung von 36 Millionen derjenigen des Mutterlandes gleichkommt, verwenden, abgesehen von dem ganz nach französischem Muster verwalteten Algier im äusseren Kolonialdienst 17 Gouverneure, davon 2 erster, 7 zweiter, 5 dritter und 3 vierter Klasse, von denen 5 im Alter von 35 Jahren und darunter zur höchsten Staffel heraufgerückt sind. Den Gouverneuren stehen 11 Direktoren zur Seite, von denen 3 als Mittedreissiger in ihre Stellung gelangten. Die Lokalverwaltung wird von administrateurs généraux geleitet, von denen 7 zur ersten, 6 zur zweiten Klasse gehören, sowie von 11 administrateurs erster, 7 zweiter, 6 dritter und 22 vierter Klasse, zusammen also 59 Beamten.

Den niederen Dienst versehen die agents du commissariat colonial. Ihre Vorgesetzten sind die commissaires in den verschiedenen Abstufungen. Der zukünftige commissaire beginnt den Dienst als commis de marine oder élève-commissaire und wird demnächst in der Regel im Alter von 20—22 Jahren zum aide-commissaire ernannt. Dem annuaire colonial von 1893 zufolge giebt es deren 42. Nach einiger Zeit, neuerdings schon nach zwei Jahren, steigt der junge aide-commissaire zum sous-commissaire auf. Von letzteren giebt es 52. Nach etwa 4—6 höchstens 7 Jahren wurde bisher der sous-commissaire zum commissaire-adjoint ernannt. Die

Zahl letzterer beträgt in neuerer Zeit 23, während es nur 10 commissaires und 3 commissaires généraux giebt. Aus dem sous-commissaire gehen auch zum Theil die Inspecteurs hervor. Von letzteren giebt es 5 dritter, 2 zweiter und 8 erster Klasse. Ueber ihnen stehen 4 Generalinspektoren.

Die näheren Anciennitätsverhältnisse interessiren in ihren Einzelheiten hier weniger, da früher das Avancement mehr von Zufälligkeiten und der Brauchbarkeit der einzelnen Personen für den bestimmten Posten abhing, während in Zukunft auch die äussere Kolonialkarriere sich nach bestimmten Normen regeln wird. Die 1890 gegründete école coloniale, insbesondere deren section française, kommt nur für den letzten Nachwuchs in Betracht. Die am 1. November 1892 ernannten 11 aide-commissaires, davon 5 allein in Kochinchina und 4 im Senegalgebiet, sind schon aus der Anstalt hervorgegangen, durch deren Gründung die französische Regierung sich ein bleibendes Verdienst um die Entwicklung des kolonialen Studienwesens und der Kolonien überhaupt erworben hat.

Werthvoller noch als das schon halb europäisirte Algier wenigstens für die Zukunft sind die ausgedehnten hinterindischen Besitzungen Frankreichs: Chochinchina, Kambodscha, Anam und das um $\frac{1}{3}$ dichter als das Mutterland bevölkerte Tongking, Länder einer alten Kultur, die auf einem Areal von nahezu einer halben Million Quadrat-Kilometer fast 20 Millionen Menschen nähren und eine Art Ersatz für die früheren Verluste Frankreichs in Vorderindien bieten.

Es ist im wesentlichen den Bemühungen des gelehrten Aymonier zu danken, der 1875 sein berühmtes Dictionnaire français-cambodgien herausgab, dass 1885 eine école cambodgienne in Paris eröffnet wurde, welche den farbigen Einwohnern des Schutzstaates eine französische Bildung vermitteln und andererseits den Interessenten in Paris Gelegenheit bieten sollte, die alte in ihrer Litteratur zum grossen Theil dem Pali entlehnte Kultursprache praktisch zu üben.

Diese Idee fand Anklang und hatte Erfolg. Denn schon durch Dekret vom 11. Januar 1888 wurde die école cambod-

gienne in eine école coloniale umgewandelt und dieser die früheren Aufgaben auch für andere Einwohner der Kolonien gestellt.

Doch nicht diese „école coloniale“ ist es, deren Einrichtung ein hervorragendes Interesse beansprucht, obgleich die Idee, die Aspiranten des Kolonialdienstes mit entwickelten Eingeborenen ihres späteren Wirkungskreises schon im Heimathlande in Berührung und Verkehr zu bringen, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist, sondern die schon im nächsten Jahre — 1890 — errichtete école coloniale, deren eine Abtheilung nur die „section indigène“, die ältere Kolonialschule bildet, während in der neuen „section française“ die Kolonialbeamten ihre Schulung erhalten.

Auf den ihm von dem Minister für Handels-, Industrie- und Kolonialangelegenheiten Tirard erstatteten Bericht vom 23. November 1889 hat der Präsident der französischen Republik durch Dekret vom gleichen Tage, nachdem bereits die Kosten für das Jahr 1890 von der chambre des députés bewilligt waren, den ursprünglichen Charakter der Anstalt völlig geändert und das Schwergewicht auf die Ausbildung der künftigen höheren Kolonialbeamten, die sogenannte section française, gelegt.

Aus dem Bericht des Kolonialministers¹⁾ treten besonders die folgenden Ausführungen hervor:

„Seit langer Zeit hat man anerkannt, dass das Hinaussenden von Kolonialbeamten, die für die ihnen zu stellenden Aufgaben unzulänglich vorbereitet sind, die schwersten Unzuträglichkeiten mit sich brachte. Ohne Zweifel fiel die Wahl fast immer auf ehrenwerthe, tüchtige Leute, die die besten Absichten hatten. Aber wenn man sie den Dienst in untergeordneten Stellungen beginnen liess, so wurde einmal die Auswahl schwierig und dann kamen sie erst dazu, wirkliche Dienste zu leisten, wenn sie von dem Klima bereits angegriffen waren; wenn man sie hingegen unmittelbar

¹⁾ Annuaire colonial, Paris 1893. Partie documentaire p. 168. (Die folgenden Seitenangaben beziehen sich stets auf die Partie documentaire).

zu höheren Stellungen berief, so zeigte sich ihre Unzulänglichkeit in für die koloniale Sache zuweilen recht bedauerlichen Misserfolgen. Ist es nicht unerlässlich, dass die Verwaltungsbeamten, ohne von ihnen eine philologische Schulung zu verlangen, wenigstens den Uebersetzungen ihrer Dolmetscher zu folgen vermögen und sich vergewissern können, dass sie nicht betrogen werden?“

Für die früheren Beamten in Kochinchina, die das Land miterobert haben, fährt der Bericht fort, sei es leichter gewesen, sich die Sprache gut anzueignen, während die jetzigen jüngeren Beamten bei ihrer sitzenden Lebensweise in den Bureaus die Kenntniss der Landessprache nur als eine Bedingung des Aufsteigens zu höheren Stellungen ansähen.

Die Beamten müssten also schon vor ihrer Ausreise die Landessprache erlernt haben, um nicht die Zeit, die sie auf derartige Studien verwendeten, ihrem Dienste zu entziehen. Es genüge nicht eine nur theoretische Kenntniss der Sprache, sondern die praktische Uebung müsse hinzukommen.²⁾ Insbesondere könnten die Schüler der Eingeborenen-Sektion der école coloniale als Lektoren (répétiteurs) herangezogen werden, um täglich einige Zeit mit den weissen Kolonialaspiranten zu konversiren.

Ausser für den Sprachunterricht soll die école coloniale für die gesammte Ausbildung zum Kolonialdienst sorgen. Sie ist in erster Linie eine staatliche Anstalt, zu der die Zulassung nur unter bestimmten Bedingungen (Diplom als bachelier) erfolgt und deren erfolgreicher Besuch ein Recht auf Anstellung im Kolonialdienst giebt. Erst in zweiter Linie werden auch Hospitanten für alle oder einzelne Fächer aufgenommen.

Die Zulassung der eigentlichen Kolonialaspiranten ist von dem Bedürfniss abhängig dergestalt, dass die Regierung dieselbe ohne Angabe von Gründen ablehnen kann.

Die gewöhnliche Studiendauer beträgt für Nicht-Juristen

²⁾ Dieselbe wird aber durch den auf der école coloniale ertheilten Unterricht zum Theil nur mangelhaft geboten.

drei Jahre, während für die Licenciés en droit dadurch, dass die sonst obligatorischen juristischen Vorlesungen wegfallen und die allgemeinen Vorlesungen parallel gehen mit der Spezialausbildung, die Möglichkeit geboten ist, das Ziel schon in zwei Jahren zu erreichen.

Den auf der école coloniale vorgebildeten Beamten sind $\frac{3}{4}$ aller im äusseren Dienst eintretenden Vakanzen vorbehalten, während das letzte Viertel den besonders befähigten Inhabern der niederen Stellen entnommen wird. Für die Centralverwaltung wird mindestens die Hälfte der neu anzustellenden Beamten aus der Zahl der mit dem Diplom der Kolonialschule versehenen Licenciés en droit entnommen.

Die Studiengelder (droits d'inscription) sind sehr niedrig, nämlich auf 120 fr. jährlich, bemessen, abgesehen von dem obligatorischen Reit- und Fechtunterricht, für den besondere Gebühren erhoben werden. (Art. 5 des vom Präsidenten der Republik am 23. November 1893 erlassenen Dekrets.)

Regelmässige Zwischenexamina kontrolliren den Fleiss der Studirenden.

Im einzelnen bestimmt das ministerielle Dekret vom 23. November 1893 über die Einrichtung der Anstalt folgendes für

A. Die Abtheilung der Eingeborenen,

welche den jungen Eingeborenen der Kolonien und der Schutzgebiete eine französische Erziehung und eine höhere Volks- oder Bürgerschulbildung (instruction primaire supérieure) geben soll. Schon in ihrer Heimath müssen die künftigen Schüler sich eine ausreichende Kenntniss der französischen Umgangssprache angeeignet haben. Ihre Aufnahme ist an ein Alter von mindestens 14 und von höchstens 20 Jahren geknüpft (Art. 4).

Die Ausbildungszeit beträgt 2 Jahre, kann aber auf 3 Jahre verlängert werden; während des dritten Jahres können die Schüler auch ausserhalb der Anstalt anderweiten Unterricht nehmen. Sie haben vierteljährlich Zwischenexamina

und nach Ablauf der Ausbildungszeit ein Schlussexamen zu machen, über das sie ein „certificat d'études primaires coloniales“ erhalten, das dem Gouverneur ihres Heimathlandes abschriftlich mitgetheilt wird (Art. 7, 8).

Die dem Ermessen des Kolonialministers überlassene Pensionssumme zahlt entweder der Schüler oder die Kolonie, der er angehört, oder endlich der Staat selbst.

Die Schüler wohnen gemeinschaftlich in dem Schulgebäude und haben ihre Mahlzeiten an einer gemeinsamen Tafel unter Ueberwachung eines Lehrers einzunehmen.³⁾ Für ihre persönlichen Bedürfnisse erhalten sie durch den Oekonomen der Anstalt ein Taschengeld von 15 Francs monatlich.⁴⁾

Ueber die Unterrichtsgegenstände und Stunden liegen offizielle Mittheilungen nicht vor.

B. Die europäische Abtheilung.

Die für die Ausbildung der Kolonialbeamten bestimmte Abtheilung der Schule ist kein Internat wie die école indigène.

Der Besuch derselben und damit — von der oben erwähnten Ausnahme abgesehen — der Eintritt in die Kolonialkarriere ist an folgende Voraussetzungen geknüpft:

1. französische Staatsangehörigkeit;
2. ein Alter von mindestens 18 und höchstens 25 Jahren;
3. Beibringung
 - a) der Geburtsurkunde,
 - b) eines Auszuges aus dem Strafregister,
 - c) eines Führungsattestes,
 - d) eines ärztlichen Zeugnisses darüber, dass der Kandidat nicht zum Kolonialdienst ungeeignet ist.

Nach Eingang der Meldungen bestimmt der Minister auf Vorschlag des Verwaltungsrathes der école coloniale die

³⁾ Art. 23 des arrêté vom 28. Februar 1888. — Annuaire colonial p. 179.

⁴⁾ Art. 24 ebenda.

Liste der zum Studium zugelassenen Kandidaten. Vor Beginn desselben haben die letzteren die Einschreibgebühren zu entrichten, die jedoch durch ministerielle Verfügung ermässigt oder ganz erlassen werden können. Ebenso werden durch ministerielle Verfügung auf Vorschlag des Verwaltungsrathes Schüler im Falle eines schweren Verschuldens oder beim Nichtbestehen der halbjährlich abgehaltenen Zwischenexamina von der Anstalt entfernt. Doch kann im letzteren Falle den Schülern auf ihren Antrag vom Verwaltungsrath gestattet werden, den letzten Jahreskursus von Neuem zu beginnen. Ausser den eigentlichen Kolonialaspiranten können auch freiwillige Zuhörer für den gesamten Unterricht oder für einzelne Fächer zugelassen werden. Auch können sie sich an den Examina betheiligen und erhalten gegebenen Falls ein Zeugniss dahin, dass sie das Examen bestanden haben.

Nach dem Dekret vom 14. November 1892 sind die Lehrgegenstände auf die drei Studienjahre in folgender Weise vertheilt.

Erstes Jahr:

Geschichte der französischen Kolonisation;
Moderne französische Kolonisation (1. Theil);
Fremde Kolonialsysteme (1. Theil);
Allgemeine Organisation der Kolonien;
Fremde Sprachen;
Militärische und Leibesübungen.

Zweites Jahr:

Moderne französische Kolonisation (2. Theil);
Fremde Kolonialsysteme (2. Theil);
Koloniale Hülfswissenschaften (1. Cyklus);
Fremde Sprachen;
Militärische und Leibesübungen.

Drittes Jahr:

Koloniale Hülfswissenschaften (2. Cyklus);
Fremde Sprachen;
Militärische und Leibesübungen.

Von den modernen Sprachen ist die Kenntniss mindestens einer und zwar des Englischen, Deutschen oder Spanischen nach der Wahl des Kandidaten obligatorisch.

Die Schüler, die nicht sogleich *licenciés en droit* sind, haben gleichzeitig juristische Studien zu machen. Für alle Schüler sind die Leibesübungen obligatorisch. Neben diesen allgemeinen Kursen sind noch vier Spezial-Kurse eingerichtet und zwar

A. für das Kommissariat ein Spezialkursus von 2 Jahren,

B. für den Dienst in den hinterindischen Besitzungen Frankreichs, dem sogenannten „Indo-Chine“ sind folgende Spezialvorlesungen vorgesehen:

Geschichte, Sitten und Religion,	} von Indo- (1 Jahr);
Gesetzgebung und Verwaltung	
Anamitische Sprache (2 Jahre);	
Sprache von Cambodja (1 Jahr);	
Erklärung der gebräuchlichen chinesischen und anamitischen Schriftstücke (1 Jahr);	

C. für den afrikanischen Dienst:

Gesetzgebung und Verwaltung der französisch-afrikanischen Besitzungen (1 Jahr);
 Islamisches Recht (1 Jahr);
 Vulgararabisch (2 Jahre).

D. Gefängnisverwaltung:

Strafgesetzgebung;
 Die Strafanstaltssysteme Frankreichs und des Auslandes.

Der letztere Kursus wurde erst im Winter 1893/94 eingerichtet. Die militärischen Uebungen sind obligatorisch für alle dienstpflchtigen Schüler. Diejenigen Schüler, die nicht gedient haben oder aus irgend einem Grunde dienstunfähig sind, erhalten in 2 Jahren die Ausbildung eines Reserve-offiziers der Marinetruppen.

Die Disziplin in der Anstalt ist eine ziemlich strenge. Die Schüler haben allen Vorlesungen regelmässig zu folgen oder den Hinderungsgrund dem Direktor der Anstalt vorher an-

zuzeigen. Im Falle längerer Krankheit soll dieselbe durch einen von der Anstalt beauftragten Arzt konstatirt werden.

Doch erstrecken sich diese Bestimmungen nicht auf die freiwilligen Zuhörer.

Der Lehrkörper der école coloniale setzt sich zum grössten Theile aus den ersten Vertretern der Wissenschaft und hohen Beamten zusammen, die den Unterricht nur im Nebenamte ertheilen. Es sei hier nur der berühmte Ethnograph Hamy und Professor Léveiller erwähnt, welcher letztere Geschichte der fremden Kolonialsysteme und der französischen Kolonisation liest. Langlais, ein früherer höherer Verwaltungsbeamter in Cochinchina, hält die Vorträge über das dortige Rechtswesen. Der Direktor der Anstalt, Amyonier, unterrichtet in der Sprache von Cambodga. Der frühere erste Dragoman in Cochinchina, Bonet, lehrt das Anamitische.

Wenn auch noch nicht alle Kurse vollständig durchgeführt sind und auch eine oder die andere der Vorlesungen noch etwas allgemein gehalten ist und noch nicht auf der Höhe der Zeit steht, so weit sich dies nach nachgeschriebenen Collegienheften beurtheilen lässt, so ist doch ein sehr bedeutender Anfang in dem kolonialen Studium gemacht und in der école coloniale eine *Facultas non solum discentium sed etiam docentium* für das Kolonialfach begründet worden. Einen Einblick in die Art, wie der Unterricht gedacht ist, geben die im *Annuaire colonial* ausführlich mitgetheilten Inhaltsangaben der einzelnen Vorlesungen, von denen die wichtigsten hier mitgetheilt seien.

Fremde Kolonialsysteme.

(2jährig.)

Erste Periode: Alterthum.

- I. Militärkolonien: Die römischen Veteranenkolonien mit einem Anhang über die österreichische Militärgrenze, die russischen und die projektirten französischen Militärkolonien.

II. Die Handelskolonien der Phönizier, Karthager und Griechen.

Zweite Periode: Das Mittelalter.

Kolonien der Araber.

Dritte Periode: Neuzeit (bis zum 18. Jahrhundert,) Grundzüge der modernen Kolonisation.

I. 16. Jahrhundert.

Spanische und portugiesische Kolonien.

II. 17. Jahrhundert.

Beginn der französischen und Blüte der holländischen Kolonien.

III. 18. Jahrhundert.

Gründung des englischen Kolonialreichs auf Kosten der anderen Kolonialstaaten.

Geschichte der französischen Kolonisation.

(15 Vorlesungen.)

I. Ausdehnung der französischen Kolonien.

II. Kolonialpolitik

1515—1688.

Gründung eines ersten Kolonialreiches, Richelieu's und Colbert's Wirthschaftspolitik; die grossen Handelskompagnien.

1688—1792.

Verlust der werthvollsten Kolonien.

Choiseul's Wirthschaftspolitik. England wird eine koloniale Grossmacht.

1792—1815.

Die Kolonien zur Zeit der Revolution und des Kaiserreichs.

1815—1892.

Erwerb eines neuen französischen Kolonialreiches; Algier, Tunis, der westliche Sudan, die Besitzungen am Kongo, in Madagaskar und Hinter-Indien.

Vierte Periode. Das 19. Jahrhundert.

- I. Allgemeine Grundzüge der Kolonisation der Gegenwart.
 - a) Unterdrückung der Sklaverei.
 - b) Milderung der wirthschaftlichen Ausnutzung der Kolonien.
 - c) Gewaltsame oder friedliche Lostrennung der Kolonien vom Mutterlande.
 - d) Bildung der neuen Kolonialmächte: Deutschland, Italien, Russland und Belgien.
 - e) Bildung von souveränen Kolonialgesellschaften.
 - f) Das Gleichgewicht der Völker und Rassen auf dem Erdball.
- II. Typen der Kolonien.
 - a) Nutzungs-Kolonien: Java, Indien, Cuba (holländische, englische, spanische Kolonisation).
 - b) Bevölkerungs-Kolonien: Kanada, Kap der guten Hoffnung, Australien (englische Kolonisation).
 - c) Straf-Kolonien: Sibirien.
 - d) Unabhängig gewordene Kolonien: Vereinigte Staaten, Argentinien, Brasilien.

Allgemeine Kolonialverwaltung.

(30 Vorlesungen.)

Der Kolonialminister. — Die Zentralverwaltung. — Der Kolonialrath. — Die Kolonialausstellung.

Unterschied zwischen Colonies à législature und Colonies régies par décrets. — Eintheilung der Lokalverwaltung: Der Gouverneur u. s. w.

Die lokalen Verwaltungskörperschaften.

Vertretung der Kolonien in Frankreich: 1. Im Parlament.
2. Im Kolonialrath. Wahlsystem.

Die Vertretung durch Körperschaften in den Kolonien selbst.

Die Kolonialbeamten.

Gerichtswesen. (Gesetz vom 15. April 1890 für die drei alten Kolonien.)

Kultus und Unterrichtswesen.

System der Strafkolonieen. (Transportation und Relegation, Gesetz über den Rückfall vom 27. Mai 1885.)

Kolonialpolizei: Gefängniswesen und Einziehung von Geldstrafen; Armen- und Gesundheitswesen.

Finanzwesen: Budget des Staates und der einzelnen Kolonieen.

Steuerwesen, öffentliche Arbeiten, Domänen, Behandlung des Grundeigenthums, Mängel der Gesetzgebung und Erleichterung des Immobilienverkehrs und des Hypothekenkredits durch die Torrens act.

Münz- und Bankwesen in den Kolonieen.

Französische Kolonisation.

Afrikanische Kolonieen. Geographische Beschreibung Afrikas im allgemeinen. Die europäischen Nationen, die sich dort niedergelassen haben.

Die einzelnen französischen Kolonieen in Afrika:

Algier. Physische Geographie, das Land und seine Einwohner. Die Kolonisation, die Bevölkerung, die Landfrage, Produkte und Kulturen, der Handel, das Zollwesen, öffentliche Arbeiten, die Steuern, Kreditinstitute.

Tunis. Physische Geographie, Einwohner, Entwicklung der Kolonisation und des Handels, Produkte, Zölle, Kredit.

Die religiöse und Eingebornenfrage in Algier und Tunis. Die eingeborene Bevölkerung, das Verhältniss zwischen den Arabern und den Kolonisten, die bisher befolgte und zu befolgende Politik in Bezug auf die Eingeborenen.

Der Senegal und der obere Niger. Geographische Beschreibung, Handelsprodukte, die Handelsverhältnisse.

Die Niederlassungen am Golf von Benin. Geographie; die Komptore der französischen Handeltreibenden, die ausländische Konkurrenz, französische und fremde Produkte.

Der Niger. Geographische Skizze, Situation der Engländer und Franzosen; die durch den Berliner Kongress und das Abkommen von 1890 geschaffene Sachlage.

Gabon und der Kongo. Das Kongobecken; der Berliner Kongress und sein Ergebniss; Frankreich und der Kongostaat; Produkte und Handel; Zukunft der Kolonie.

Obock. Geographie; Produkte; Handel.

Madagaskar. Geographie; die Einwohner; Produkte; Handel; das Protektorat.

Die grossen afrikanischen Fragen.

In ähnlicher Weise werden die Kolonien Frankreichs in Amerika, Asien und Australien behandelt; den Schluss bildet eine Skizze des Handelswesens im Allgemeinen, die Handelsbeziehungen zwischen den Kolonien und dem Mutterlande, das Zollwesen der einzelnen Kolonien, ihr Import und Export unter Vergleichung mit den englischen Kolonien.

Tropenhygiene.

(14 Stunden.)

- I. Klima und Akklimatisierung.
- II. Die Veränderungen, welche der Aufenthalt in den Tropen im menschlichen Körper mit sich bringt; praktische Folgerungen.
- III. Wohnung und Kleidung.
- IV. Ernährungsweise: Feste Nahrungsmittel.
- V. Ernährungsweise: Flüssige Nahrungsmittel.

Die endemischen Tropenkrankheiten.

- VI. Die Malaria.
- VII. Die Cholera.
- VIII. Das gelbe Fieber.
- IX. Brechdurchfall und Leberkrankheiten.

Medizinische Geographie.

- X. Antillen, Réunion, Guyenne.
- XI. Die afrikanische Westküste.

- XII. Madagaskar, Oceanien.
 XIII. Indo-Chine (Cambodga, Anam, Tonking).
 XIV. Gefährliche und schädliche Thiere und Pflanzen der Tropen.

Die Vorbereitungskurse zum Kommissariat.

Lehrgegenstände im ersten Jahr.

Kolonialverwaltung.

Allgemeine Bemerkungen über die Organisation und Verwaltung der französischen überseeischen Besitzungen.

Vertheilung der öffentlichen Gewalten in den Kolonien..
 Die obersten Aemter.

Der mit der Verwaltung der Kolonien beauftragte Minister. Organisation der Centralverwaltung. Eintheilung und Vertheilung des Dienstes.

Der Kolonialdienst in den Häfen des Mutterlandes.

Organisation und Betrieb des Kolonialdienstes in den Handels- und den Kriegshäfen.

Bemerkungen über die Organisation und Verwaltung der Kriegsmarine.

Beziehungen zwischen dem Kolonialamt und dem Marine-departement.

Die Kriegsmarine; ihr Zweck und ihre Aufgaben für die Handelsmarine.

Allgemeine Organisation der Centralverwaltung, der Arsenale und der verschiedenen Marineeinrichtungen. Das Marinepersonal und seine Hierarchie.

Beziehungen der Kriegsmarine und der verschiedenen Niederlassungen in den Kolonien u. s. w.

Einrichtung und Verwaltung der Kolonialtruppen. Ergänzung der Armee in Frankreich und in den Kolonien.

Dann speziell das

Kolonial-Kommissariat.

Befugnisse des Chefs des Verwaltungsdienstes in Bezug auf die Verwendung der Ausgaben und die Submissionen.

Aufzählung der einzelnen, ihm unterstellten Verwaltungszweige, seine Befugnisse in Bezug auf die Truppenkörper und die Kriegsschiffe. Centralisation der Anwerbung zum Marinedienst.

Befugnisse des Verwaltungschefs als Truppenchef und das ihm unterstellte Personal.

Die Anwerbung zum Marinedienst.

Ihr Ursprung, ihre Aufgabe, ihre Organisation.

Das Verwaltungspersonal, „der Kommissar“, die Anwälte der Seeleute, die Seepolizei.

Die Seeleute: Schiffsjungen, Halbmatrosen, Matrosen, Mechaniker, Heizer, Seeoffiziere, Kapitäne für Küstenschiffahrt und lange Fahrt.

Militär-Justiz.

Finanzwesen.⁵⁾

Unmittelbar nach bestandenem Examen erhalten die Schüler der école coloniale eine der folgenden Stellen:

Commis-rédacteurs stagiaires,

Attachés aux Parquets des Procureurs généraux,

Elèves-commissaires,

Elèves-administrateurs.

Die Besoldung derselben beträgt gleichmässig nur 2400 Francs, jährlich also noch nicht ganz 2000 Mark. Diese Summe dürfte lediglich als Differenz zwischen den Unterhaltungskosten im Mutterlande und in den Kolonien gedacht sein.

Die Bureaubeamten scheiden in sich solche du cadre de la métropole und solche du cadre colonial. Erstere werden von der Centralverwaltung ernannt, letztere von der Lokalverwaltung. Der Zugang zu den von der Centralverwaltung besetzten

⁵⁾ Die hier nicht interessirenden Einzelheiten finden sich im *Annuaire colonial* p. 211—214, ebenso die im Wesentlichen die Marine-Verwaltung betreffenden Lehrgegenstände des zweiten Jahres p. 214—221.

Stellen ist den letzteren verschlossen. Ihre Anstellungsverhältnisse sind durch Verfügung vom 28. März 1882 auf das eingehendste geregelt. Der Bewerber muss mindestens 18 und darf am 1. Juli des Prüfungsjahres höchstens 25 Jahre alt sein und die Bildung eines bachelier ès lettres oder bachelier ès sciences besitzen. In dem von ihm geforderten Examen werden ausser elementaren Vorkenntnissen, Orthographie, Rechnen u. s. w., auch umfangreiche Rechtskenntnisse verlangt. Auf die Einzelheiten des Examens einzugehen, ist hier nicht der Ort.

IV. Allgemeine Grundsätze.

Nach den von den fremden Kolonialstaaten getroffenen Maassnahmen lassen sich etwa folgende allgemeine Grundsätze für die Ausbildung der Kolonialbeamten aufstellen:

1. Eine Fachvorbildung und Nachweis derselben durch eine Fachprüfung ist die Vorbedingung für die Zulassung zum Kolonialdienst.
2. Die Tropentüchtigkeit des Kandidaten ist vor Beginn der technischen Ausbildung festzustellen. Eine zweite ärztliche Untersuchung findet nach bestandenem Examen kurz vor der Ausreise statt.
3. Die allgemeine Vorbildung für die Zulassung zum kolonialen Fachstudium wird durch Schulzeugnisse, in der Regel das Reifezeugniss einer höheren Lehranstalt nachgewiesen. Ausserdem muss der Kandidat eine moderne fremde Verkehrssprache in Wort und Schrift beherrschen.
4. Die Fachvorbildung selbst ist
 - a) eine wissenschaftliche und umfasst als solche die Kenntniss mindestens einer Landessprache der Kolonien, die rechtlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse der Eingeborenen in den Kolonien, Kolonialrecht und Kolonialverwaltung, Allgemeine Kolonisationslehre, Geschichte der Kolonisation und der Kolonien, Tropenhygiene und Agrikultur; für Nichtjuristen endlich, die in den höheren Kolonialdienst treten wollen, die für die Kolonien wichtigsten Dis-

ciplinen: Strafrecht, Staats- und Allgemeines Verwaltungsrecht, Grundzüge des Prozess- und Zivilrechts und Nationalökonomie,

b) eine praktische, vielleicht in Anlehnung an eine grössere Gutsverwaltung, ähnlich der des Colonial College für die Kandidaten, die noch nicht in den Kolonien waren,

c) eine technische durch Leibesübungen, besonders Reiten und Fechten; für Kandidaten, die nicht gedient haben, ev. auch eine militärische.

5. Das Fachstudium muss so zeitig begonnen werden, dass es spätestens mit einem bestimmten Zeitpunkte, etwa dem 25. Lebensjahre des Kandidaten beendet ist.

6. Die Vorbereitungszeit findet gegen geringe Besoldung in den Kolonien selbst statt (Frankreich, England, Holland).

7. Die Eigenarten des Charakters der Eingeborenen und ihre Anschauungsweise schon im Mutterlande kennen zu lernen, erhalten die Kandidaten dadurch Gelegenheit, dass eine Anzahl Eingeborener aus den wichtigsten Stämmen, die — womöglich durch die Missionsschulen schon sprachlich vorgebildet — in einem Internate zu einer praktischen Berufsart angeleitet werden, mit ihnen in Verkehr treten, wie dies in der Pariser école coloniale geschieht.

V. Deutschland.

In Deutschland ist während des allerdings kaum zehnjährigen Bestehens seiner Kolonien für die Fachvorbildung der Kolonialbeamten im wesentlichen nur für die sprachliche Seite staatliche Fürsorge getroffen worden.

Am 27. Oktober 1887 fand die feierliche Eröffnung des orientalischen Seminars zu Berlin als einer Königlich Preussischen Anstalt statt, mit einem Ordinarium im Höchstbetrage von 72000 Mark jährlich und einem Extraordinarium von 40000 Mark für die erste Einrichtung, zu welchen Kosten das Reich auf Grund des Gesetzes vom 23. Mai 1887 die Hälfte beisteuert. Die Verbindung mit der hiesigen Friedrich-Wilhelm-Universität ist dadurch hergestellt, dass ein ordentlicher Professor der letzteren, Geheim-Rath Sachau, wenn auch zunächst nur kommissarisch, als Direktor der jungen Anstalt fungirt.

Nach dem ersten am 3. April 1886 von dem preussischen Staatsministerium genehmigten Entwurf für die Errichtung eines orientalischen Seminars zu Berlin, waren nur folgende sechs Sprachen vorgesehen: türkisch, arabisch, persisch, indisch, japanisch und chinesisch. Erst bei der zweiten Etatsberathung im preussischen Landtag regte der Abgeordnete Dr. Arendt in der Sitzung vom 23. Februar 1887 an, auch die Bantusprachen in den Lehrplan des Seminars aufzunehmen, was auch geschah. Der für das Studium der Afrikanischen Sprachen wie des Kolonialwesens

überhaupt viel zu früh dahingeschiedene Missionsinspektor Dr. Büttner wurde zum Lehrer des Suaheli ernannt, obgleich er durch eine vieljährige Missionsthätigkeit in Südwestafrika nur mit der dortigen Landessprache, dem Herero, praktisch vertraut geworden war. Doch gelang es seiner unermüdlichen Arbeitskraft im Laufe der Zeit sich auch die praktische Gewandheit im Gebrauch des Suaheli anzueignen, dessen wissenschaftliche Bearbeitung und Vergleichung mit den anderen Bantusprachen die Aufgabe seiner letzten Lebensjahre gebildet hat. Leider ist ihm ein anderer Gelehrter, der durch seine Somaliforschungen bekannte A. W. Schleicher, der die Sichtung seines litterarischen Nachlasses übernommen hatte, nur zu bald im Tode gefolgt, der ihn in Tanga plötzlich ereilte. Der sonstigen Einrichtung des Seminars entsprechend, wurde dem deutschen Lehrer des Suaheli in der Person eines jungen Sansibariten, Sleman bin Said, für die Ertheilung des Unterrichts in der Konversation, ein dienstbeflissener Gehilfe beigegeben, der jedoch nach einer kaum eineinhalbjährigen Thätigkeit den Einflüssen des Klimas und der veränderten Lebensweise erlag. Im Winter 1891 wurde er durch einen anderen jungen Sansibariten Amir Bin Nasir Lomeri ersetzt.

Der Unterricht im Suaheli findet täglich statt, und zwar wird am Vormittage je eine Stunde für den Anfänger- und für den Fortgeschrittenen-Kursus Grammatik beziehungsweise Lektüre von dem deutschen Lehrer ertheilt, während an jedem Nachmittage, ausser am Sonnabend, für jeden der beiden Kurse ein Konversationsunterricht von anderthalb Stunden stattfindet. Zwei Stunden in der Woche werden auf die sogenannten „Realien“ verwandt. Als solche wurden gelesen: im Winter 1889/90 Geographie von Süd-Afrika, im Sommer 1890 Geschichte von Ost- und Süd-Afrika, im Winter 1890/91 die sozialen Verhältnisse in Mittel- und Süd-Afrika, im Sommer 1891 Ethnographie und Geschichte von Ost- und Süd-Afrika. Dieselben Vorlesungen wiederholten sich in den nächsten Semestern. Für den Sommer 1894 sind die rechtlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse Ost-

Afrikas von dem provisorischen Nachfolger Dr. Büttner's Referendar Zache, einem Schüler des Seminars, auf dem Lektionsplane angekündigt.

Bei seinen Realienvorlesungen beschränkte sich Dr. Büttner nicht auf den engen Kreis des eigentlichen Themas, sondern machte gelegentlich, oft mehrere Stunden lang, in anregender Weise Exkurse in die verschiedensten Gebiete, deren Kenntniss beim Aufenthalte in den Tropen von Nutzen sein kann. Die Art, dort ein Haus zu bauen, die zweckmässigste Kleidung, nützliche und schädliche Thiere und Pflanzen, die Münzverhältnisse, letztere unter Vorlegung der in Afrika gebräuchlichsten Münzsorten und Tauschmittel, alles das und vieles andere wurde in bunter Reihenfolge vorgetragen und veranschaulicht, sodass für die Schüler des Seminars wenigstens einiger Ersatz für den sonst mangelnden Unterricht in der Kolonialkunde geboten wurde. Seit dem Sommer 1893 sind vier weitere Fächer, die neuerdings sogenannten Realien, in den Lehrplan des Seminars aufgenommen worden, die speziell auch für den Kolonialdienst in Betracht kommen. Es lesen Professor Dr. Güssfeldt über die Theorie der geographischen Ortsbestimmungen und das Anstellen von meteorologischen Beobachtungen, Konsul Dr. Zimmermann über die neuere deutsche Handelspolitik, Stabsarzt Dr. Kohlstock über Tropenhygiene, Dr. Warburg über die wichtigsten Tropenkulturen. Sämmtliche Vorlesungen dauern je 2 Stunden wöchentlich. Auch an der landwirthschaftlichen Hochschule wird über Tropenagrikultur gelesen. Ebendort liest Privatdozent Dr. Kaerger im Sommer 1894 ein einstündiges Publikum über „Kolonisationspolitik“.

Im Museum für Völkerkunde hält Privatdozent Dr. von Luschan seit längerer Zeit regelmässig anthropologische Uebungen ab, welche besonders eine Anleitung in den anthropologischen Messmethoden und in der Herstellung photographischer Aufnahmen bieten. Im Sommer-Semester 1892 fand eine Erklärung der afrikanischen Sammlungen des Museums statt. Wiederholt las Dr. von Luschan „Völkerkunde von Afrika mit besonderer Berücksichtigung

der deutschen Schutzgebiete“. Seit mehreren Jahren hält der Begründer und Direktor des Museums, Geheimrath Bastian, in der hiesigen Universität ein einstündiges Publikum über „Die Kolonien“. Die Rechtsverhältnisse der Eingeborenen behandelt Professor Dr. Kohler in seiner Vorlesung über vergleichende Rechtswissenschaft. Wenn sich ein Bedürfniss dazu herausstellte, würden sich unschwer die das Recht der Bantu und Papuas behandelnden Abschnitte, die jetzt in wenigen Stunden erledigt werden, zu einer Sondervorlesung ausgestalten lassen. Wiederholt ist endlich auch über Kolonialrecht gelesen worden, wenngleich dasselbe zunächst noch nicht in dem so umfangreichen als echt wissenschaftlichen Sinne aufgefasst werden konnte, „dass es die natürlichen Gesetze, welche, die Beziehungen zwischen den Kolonien und dem Mutterlande beherrschend, aus der Thatsache der Kolonisation selbst hervorgehen, aufzuspüren, und diese zu einem systematischen Ganzen zu vereinigen habe, das als Richtschnur dienen kann bei der Behandlung und Erklärung der Vorschriften, welche bei den verschiedenen kolonisirenden Völkern bestanden oder noch bestehen“, wie Professor van der Lith in seiner am 20. Oktober 1877 gehaltenen Antrittsvorlesung auf der Universität Leyden die Aufgabe der Wissenschaft des Kolonialrechts so treffend bezeichnete.¹⁾

Ein Blick auf die oben erwähnten, schon jetzt in Berlin getriebenen Studien zeigt, dass im Grossen und Ganzen bereits alle im Auslande dozirten Kolonialfächer vertreten sind, obgleich wohl manche Studiengelegenheiten bei ihrer Zersplitterung selbst den Interessenten zuweilen unbekannt sind. Nicht selten fallen dieselben zeitlich zusammen oder sind räumlich so weit getrennt, dass ihre Benutzung sehr erschwert, wenn nicht gänzlich unmöglich gemacht ist. Es würde also zunächst nur erforderlich sein, die jetzt schon vorhandenen Unterrichtsgelegenheiten etwas zu zentralisiren

¹⁾ Het doel en de methode der wetenschap van het koloniale recht. Leyden 1877 p. 9.

oder doch wenigstens insoweit einheitlich zu gestalten, dass ihre allseitige Benutzung unter Berücksichtigung der räumlichen Entfernungen ermöglicht wird, um unter gleichzeitiger Einführung eines Kolonialexamens eine Art Kolonialakademie, zunächst gewissermaassen in partibus, ohne Inanspruchnahme staatlicher Mittel zu schaffen.

Bisher ist das hiesige Orientalische Seminar thatsächlich der Ausbildung zum Kolonialdienste in nur sehr beschränktem Maasse zu gute gekommen. Die einzige Eingeborenensprache, die auf demselben, und zwar gleich von der Eröffnung an offiziell gelehrt wurde, ist das Suaheli, jene uns am meisten bekannte und lexikographisch verhältnissmässig gut bearbeitete, mit arabischen Elementen sehr stark durchsetzte Bantusprache.

Nach dem Mitglieder-Verzeichnisse wurden die Suahelikurse besucht:

im Winter- semester		im Sommer- semester		
1887/88	von 6,	1888	von 3	Theilnehmern,
1888/89	„ 10,	1889	„ 7	„
1889/90	„ 17,	1890	„ 14	„
1890/91	„ 18,	1891	„ 8	„
1891/92	„ 18,	1892	„ 11	„
1892/93	„ 19,	1893	„ 12	„
1893/94	„ 11,	—	„ 15	„

Ein Blick auf diese kurze Tabelle zeigt zunächst, dass die Anzahl der Theilnehmer in den Winter-, d. h. in den ersten bzw. dritten Semestern eine sehr viel höhere ist als in den folgenden Sommer- d. h. zweiten oder vierten Semestern. In Wirklichkeit ist der Unterschied noch erheblicher, da mehrere Mitglieder ihr Studium im Sommersemester begonnen haben. Die Differenz zwischen beiden Zahlenreihen ist darauf zurückzuführen, dass eine grössere Anzahl der Schüler das Studium nach oder noch in dem ersten Semester aufgeben, beziehungsweise überhaupt nicht begonnen haben. Andernfalls sind die Schüler, die den Unterricht die programm-mässigen 2 Jahre hindurch besucht haben, etwa 20 an der

Zahl, viermal aufgeführt. Dem Berufskreise nach waren die Studirenden, besonders in letzterer Zeit überwiegend Juristen. Das Diplomexamen haben bis 1893 nur 13 Kandidaten bestanden, davon 1 „vorzüglich“ und 5 mit dem Prädikate „gut“. 1890 bestanden vier, 1891 und 1892 je zwei, 1893 fünf Kandidaten, während in der letzteren Prüfung zwei derselben nicht das Diplom erhielten. In diesem Jahre (1894) werden sich voraussichtlich drei Kandidaten zum Examen melden.

Mit zwei Ausnahmen sind sämmtliche Diplom-Inhaber Juristen. Einer derselben ist Assessor, 7 sind Referendare. Von den beiden andern ist einer Kandidat der Philologie, der andere Gerichtsaktuar. Von den Juristen ist bisher nur 1 Assessor und 1 Referendar in den Kolonialdienst eingetreten, wodurch die obige Behauptung bezüglich des bisherigen praktischen Einflusses des Orientalischen Seminars auf die Kolonialausbildung gerechtfertigt erscheint.

Die Prüfung findet in der Regel nach einem Studium von vier Semestern statt und zerfällt in eine schriftliche, in der unter Klausur eine Uebersetzung aus dem Deutschen in das Suaheli und eine zweite aus dem Suaheli in das Deutsche, sowie eine Arbeit aus dem Gebiet der Realien²⁾ geliefert wird und in eine darauf folgende mündliche; die letztere findet statt unter dem Vorsitz des Direktors des Seminars in der Hauptsache durch den Dozenten unter Hinzuziehung von zwei sachverständigen Kommissionsmitgliedern. Durch eine Unterhaltung mit dem eingeborenen Lektor erhält der Kandidat Gelegenheit, seine Schlagfertigkeit im mündlichen

²⁾ Die Themata für dieselbe sind für alle Kandidaten dieselben, unter sich aber sehr verschieden. Es sind Aufgaben gestellt worden, wie die Produkte der ostafrikanischen Landwirthschaft aus dem Pflanzenreich, die nutzbaren Pflanzenprodukte der Tropen, die ärztliche Praxis in Ost-Afrika, die familienrechtlichen Beziehungen der Bantu und der Einfluss der Araber in Ostafrika; also Themata, die den Gebieten der verschiedensten Fakultäten angehören. Die Bearbeitung derselben wäre nicht möglich gewesen, wenn sie sich nicht theils an den Unterrichtsstoff des letzten Semesters angelehnt, theils den individuellen Neigungen der Kandidaten Rechnung getragen hätten.

Gebrauch der Sprache zu zeigen. In einzelnen Fällen ist das Auswärtige Amt durch einen Kommissar bei der Prüfung vertreten.

Durch die am 1. Juli 1889 in Kraft getretene Verfügung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten ist im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amte folgende

Prüfungsordnung

erlassen, die im Einzelnen folgendes bestimmt:

§ 1. Diejenigen Mitglieder des Seminars für Orientalische Sprachen an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, welche sich zum Nachweis der erfolgreichen Benutzung ihrer Studienzeit ein Diplom erwerben wollen, haben sich einer Prüfung vor einer der am Seminar bestehenden Prüfungskommissionen zu unterziehen.

§ 2. Zu den Diplom-Prüfungen werden auch solche Kandidaten zugelassen, welche ihre Studien an anderen deutschen Universitäten gemacht haben.

§ 3. Für jede der im Seminar gelehrtten Sprachen wird eine Prüfungskommission gebildet, welche aus dem Direktor als Vorsitzenden und zwei oder mehr von dem Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten für jedes Studienjahr zu ernennenden Mitgliedern besteht.

§ 4. Die Prüfung findet regelmässig am Schlusse des Studienjahres statt.

In besonderen Fällen können mit Genehmigung des Ministers der geistlichen etc. Angelegenheiten auch zu anderen Zeiten Prüfungen durch den Vorsitzenden anberaumt werden.

§ 5. Die Meldung zu den regelmässigen Prüfungen hat vor dem 1. Juli bei dem Vorsitzenden schriftlich zu erfolgen.

Für die Fälle des § 4 Absatz 2 bleibt dem Vorsitzenden die Bestimmung des Termins für die Meldung überlassen.

§ 6. Der Kandidat hat in der Meldung anzugeben, in welcher fremden Sprache er geprüft zu werden wünscht.

Er hat der Meldung beizufügen:

1. ausreichende Nachweise über Bildungsgang und sittliche Führung;
2. je einen von ihm selbstständig abgefassten und eigenhändig geschriebenen Lebenslauf:
 - a) in englischer,
 - b) in französischer,
 - c) in der den Prüfungsgegenstand bildenden fremden Sprache;
3. die schriftliche Versicherung, dass er die unter 2 bezeichneten Schriftstücke selbstständig abfasst und eigenhändig geschrieben habe.

§ 7. Auf Grund der Meldung entscheidet der Vorsitzende, ob der Kandidat zur Prüfung zugelassen ist oder nicht.

Gegen die Verweigerung der Zulassung zur Prüfung kann seitens des Kandidaten die Entscheidung des Ministers der geistlichen etc. Angelegenheiten nachgesucht werden.

§ 8. Durch die Prüfung ist festzustellen, ob der Kandidat in der fremden Sprache das Unterrichtsziel des Seminars erreicht hat (s. No. III, 2 der Bekanntmachung, betreffend das Seminar für orientalische Sprachen an der Königlichen Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin, vom 5. August 1887).

§ 9. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche.

Die schriftliche geht der mündlichen voraus.

§ 10. Die Prüfung besteht:

1. in je einer Uebersetzung aus der fremden Sprache (§ 6, Absatz 1) in die deutsche Sprache und umgekehrt;
2. in einem deutschen Aufsatz über ein Thema aus den Realien des betreffenden Sprachgebietes.

Die Arbeiten sind Klausurarbeiten und innerhalb der jedesmal von dem Vorsitzenden zu bestimmenden Zeit, welche indess für jede derselben die Dauer von vier Stunden nicht überschreiten darf, ohne Hilfsmittel auszuführen.

§ 11. Auf Grund des Ergebnisses der schriftlichen Prüfung entscheidet die Kommission über die Zulassung zur mündlichen Prüfung.

Ist das Ergebniss genügend, so wird dem Kandidaten der Termin für die mündliche Prüfung mitgetheilt.

Ist das Ergebniss ungenügend, so wird dem Kandidaten unter Rücksendung seiner Papiere eröffnet, dass er zur mündlichen Prüfung nicht zugelassen werden könne.

§ 12. Die mündliche Prüfung hat für jeden Kandidaten zwei Stunden zu dauern.

Die Prüfung ist zum Theil in der Sprache, welche den Gegenstand der Prüfung bildet, zu halten.

Die Leitung der Prüfung liegt dem Vorsitzenden ob. Ob er sich an der Prüfung betheiligen will, hängt von seinem Ermessen ab.

Er ist befugt, diejenigen Lehrer und Lektoren des Seminars, welche nicht Mitglieder der Kommission sind, zur Theilnahme an der Prüfung zuzuziehen.

§ 13. Ueber das Gesamtergebniss der Prüfung hat die Kommission unmittelbar nach dem Schluss der mündlichen Prüfung Entscheidung zu treffen.

§ 14. Ist die Prüfung bestanden, so ist eines von den drei Prädikaten:

bestanden,

gut bestanden,

mit Auszeichnung bestanden,

festzustellen.

Andernfalls ist darüber Beschluss zu fassen, binnen welcher Zeit der Kandidat sich wieder melden darf.

§ 15. Dem Kandidaten, welcher die Prüfung bestanden hat, wird von der Kommission ein Diplom ausgefertigt.

§ 16. Die Kommission fasst ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Im Falle der Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 17. Die Prüfungsgebühr beträgt mit Ausschluss der Stempelkosten die Summe von 60 Mark.

Die Aufnahmebedingungen für das Orientalische Seminar und damit auch für die Suaheliklasse sind sehr leichte. Der Hörer muss sich an der Universität immatrikuliren lassen oder einen Hospitantenschein erwirken. Der Unterricht ist unentgeltlich, nur wird ein Semesterbeitrag von 20 Mark zu den Kosten der Seminarbibliothek erhoben. In Bezug auf den Bildungsgrad gilt die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst im Allgemeinen als erforderlich, doch „wird von der Beibringung dieses Nachweises abgesehen, sofern öffentliche oder private Zeugnisse darthun, dass der betreffende Bewerber mit einem ernsten Streben die nöthige Vorbildung verbindet.“

Ausser dem Suaheli kommt von den am Seminar officiell gelehrtten Sprachen nur noch das Arabische in Betracht. Der Lehrer desselben, Professor Dr. Hartmann, verbindet mit einer auf seiner langjährigen Thätigkeit als Kanzler-Drögonian in Beirut beruhenden Kenntniss nicht nur der Sprache, sondern der gesammten orientalischen Verhältnisse das Talent, sein eigenes umfangreiches Wissen auch seinen Zuhörern in anschaulichster Weise zu vermitteln. Während er früher der einzige Dozent des Arabischen war, sind unlängst drei Dialekte, der ägyptische, marokkanische und omanische, abgezweigt worden. Professor Dr. Hartmann liest nur noch Syrisch-Arabisch je 6 Stunden wöchentlich für jeden der beiden Jahreskurse.

Im Wintersemester 1890/1891 las Dr. Büttner 2 Stunden in der Woche über „Die wichtigeren afrikanischen Sprachen“, wobei er, über das Gebiet der Bantusprachen hinausgehend, auch das Haussa und Massai berücksichtigte. Im Sommersemester 1892 las er ebenso Herero. Eine Wiederholung dieser Vorlesung kam leider nicht zu stande.

Sicherlich sind die auf dem Orientalischen Seminar zur Vorbereitung auf den Kolonialdienst gehaltenen Kurse der Erweiterung fähig und bedürftig.

Mit dieser Frage beschäftigt sich eingehend eine von dem kommissarischen Direktor des Seminars Geheimrath Sachau verfasste Denkschrift vom 1. März 1891, in der

ausgeführt wird, dass nach der Erfahrung des Seminars ein Jahr ausreichend sei, um eine gewisse Uebung in der Konversation des Suaheli zu erlangen und so für die unteren Stellungen ausreichend vorbereitet zu sein. Die Lücken könnten durch einen zweimonatlichen Aufenthalt im Lande ergänzt werden. Ein zweites Studienjahr dagegen sei erforderlich, um die arabische Schrift lesen und in derselben konzipieren zu lernen, sodass der Schüler nach darauffolgendem sechsmonatlichen Aufenthalt an Ort und Stelle im Stande sei, den gesammten mündlichen und schriftlichen Verkehr in verantwortlicher Stellung allein und ohne Beihülfe zu erledigen. Diese Annahme dürfte für die jetzige Studienart vollkommen zutreffen; doch möchte zu erwägen sein, ob nicht diejenigen Kandidaten, welche länger als ein Jahr dem Sprachstudium sich zu widmen gedenken, vortheilhafter zuerst ein Jahr arabisch treiben, wodurch sie im zweiten Jahre bei dem Studium des stark von arabischen Elementen durchsetzten Suaheli schneller vorankommen würden.

Die Denkschrift empfiehlt ferner, in den Unterrichtskreis des Seminars demnächst das Kiyao, Kinyamwezi, Kimassai und Guzerati aufzunehmen; erstere beiden, da jene Völker die meisten Träger zu den Karawanen stellten. Bezüglich der letzten Sprache ist bereits seit dem Herbst 1893 durch die Anstellung eines Inders, der auch Guzerati liest, Abhülfe geschaffen worden. Die Kimassaikurse dürften bei dem fast gänzlichen Mangel an sprachlichem Material nur schwer einzurichten sein, ganz abgesehen davon, dass die ganze Völkerschaft in Zersetzung begriffen ist und demächst ihrer Auflösung entgegengeht. Dagegen dürften bezüglich des Kiyao und des Kinyamwezi die Bedenken, dass es schwer halten würde, Lehrer und Lehrbücher für dieselben zu beschaffen, nicht schwer wiegen. Einmal ist — allerdings privatim — von Dr. Büttner bereits eine Vorlesung über Kiyao von zwei Stunden wöchentlich an der Hand englischer Lehrbücher gehalten worden, in der nach etwa 10 Stunden ausgewählte Stücke aus dem neuen Testamente übersetzt wurden. Schon dies zeigt, dass für Schüler, die eine Bantusprache

bereits gründlich beherrschen, die Schwierigkeit der Erlernung der übrigen eine erheblich geringere ist. Ein fortgeschrittener Suahelischüler würde durch einen wöchentlich 2 bis 3 stündigen theoretischen Unterricht und täglich eine Stunde Konversation mit einem Eingeborenen in einem halben Jahre so viel Kiyao erlernen, wie an Kenntnissen für das Bestehen des Diplomexamens im Suaheli vorausgesetzt wird. Dazu kommt, dass die durch das Arabische verursachten Schwierigkeiten des Suaheli im Kiyao ganz zurücktreten, während anderseits sich im Kiyao, als einer verhältnissmässig reinen Bantusprache, der Geist der Bantuvölker viel reiner widerspiegelt als in dem arabisirten Suaheli. Schwieriger allerdings ist die Sachlage bezüglich des Kinyamwezi, dessen Kenntniss bei uns noch eine sehr mangelhafte ist, sowohl grammatikalisch als lexikographisch. Aber bei der grossen Ausdehnung der Wanyamwezistämme und bei der Wichtigkeit, die gerade Tabora als Knotenpunkt der Karawanenstrasse nach den Seen für die fernere Entwicklung unseres ostafrikanischen Schutzgebietes hat, wird das Studium des Kinyamwezi nicht zu umgehen sein, trotzdem die Beschaffung ausreichenden Materials, die am besten durch die Vermittelung der Missionare der Station Ujui erfolgen dürfte, im Anfang ziemlich schwierig sein wird. Um so mehr würde es sich daher empfehlen, einige in der Mission vorgebildete Wanyamwezi und, wie schon angedeutet, Wayao nach hier zu bringen, zu dem doppelten Zweck, durch sie eine nähere Kenntniss des Kinyamwezi zu erlangen und den hiesigen Kolonialaspiranten zu vermitteln, andererseits aber, in ihnen tüchtige Pioniere für die Verbreitung der deutschen Kultur und Technik in Centralafrika auszubilden. Abgesehen von den bei einem mehrjährigen Aufenthalt wenig ins Gewicht fallenden Reisespesen, dürften sich die Kosten für Unterhalt und Unterricht dieser Eingeborenen nur auf etwa 1000 Mark pro Kopf und Jahr belaufen, besonders wenn die einfachen Lebensbedürfe derselben in Betracht gezogen werden. Diese Unkosten dürften bei dem zu erreichenden doppelten Zwecke nicht ins Gewicht fallen. In Folge

privater Initiative sind schon eine ganze Anzahl junger Neger besonders aus Kamerun nach hier gebracht worden, ohne dass die Gelegenheit, im Umgange mit ihnen sich in der Sprache zu vervollkommen, ausreichend benützt worden wäre.

Wenn es richtig ist, dass die koloniale Frage im wesentlichen eine Personenfrage ist, da es besonders in jungen Kolonien auf die individuelle Tüchtigkeit der einzelnen Beamten ankommt, so muss auch in Deutschland ein grosses Gewicht auf die Heranbildung der letzteren gelegt werden. Ein tüchtiges Kolonialbeamten-Kontingent ist nicht denkbar ohne eine eigentliche Kolonialkarriere. Die Befähigung zu der letzteren ist durch ein Staatsexamen nachzuweisen. Vorschläge für die Vorbereitungszeit der für die Kolonien bestimmten Beamten sind bereits mehrfach gemacht worden. Dr. Kaerger empfiehlt in einem 1892 geschriebenen Aufsatz³⁾, die jungen Juristen nach Bestehen des Referendar-examens einen längeren und intensiveren Vorbereitungsdienst als sonst üblich durchmachen zu lassen. Er soll zuerst ein Jahr lang auf einem kleinen Amtsgericht, dann ein weiteres Jahr bei einer untern Verwaltungsbehörde beschäftigt werden. Im dritten Jahre soll er sich einen ungefähren Einblick in das praktische Erwerbsleben dadurch verschaffen, dass er ein halbes Jahr in einer grösseren Gutsverwaltung sich beschäftigt und ein weiteres halbes Jahr sich in einem grossen Importgeschäft über den kaufmännischen Betrieb orientirt. Zwei weitere Vorbereitungsjahre wäre der junge Beamte als Kolonialreferendar in der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes zu beschäftigen und hätte gleichzeitig Vorlesungen über Kolonialgeschichte und koloniale Handelspolitik zu hören, die Sprachen der Eingeborenen am Orientalischen Seminar zu lernen u. s. w. Nach Bestehen eines Examens vor der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes zum Kolonialassessor ernannt, wäre er ein weiteres Jahr bei einem überseeischen deutschen Konsulat zum Zwecke des Studiums der dortigen Verhältnisse zu beschäftigen, um

³⁾ Aus drei Erdtheilen. Gesammelte Aufsätze. Leipzig 1893.

nach Ablauf des Jahres darüber eine wissenschaftliche Arbeit anzufertigen, von deren Ausfall die Anstellung in den Schutzgebieten abhängig zu machen wäre. Nur allzu richtig bezeichnet Dr. Kaerger diesen Weg zur Anstellung als Kolonialbeamter als „lang und mühevoll.“ Ganz abgesehen davon, dass es unthunlich wäre, nach bestandener Prüfung als Kolonialassessor von dem Kandidaten noch eine schriftliche Arbeit zu fordern und von deren Ausfall seine Anstellung abhängig zu machen, dürfte der Vorschlag des Dr. Kaerger schon aus dem Grunde undurchführbar sein, dass sich der von ihm vorgeschlagene Bildungsgang zu wenig an unseren einheimischen anlehnt: unter den von ihm angegebenen Bedingungen dürfte sich schwerlich ein Kandidat für das Kolonialassessorat finden. Angenommen, dass durchschnittlich das Referendarexamen mit 23 Lebensjahren abgelegt wird, würde der Kandidat unter Hinzurechnung eines weiteren Jahres für militärische Uebungen, Krankheitsurlaub, Ueberweisungsfristen und die Vorbereitung zum Examen, 30 Jahre wenigstens alt werden, bevor er das Examen als Kolonialassessor ablegen könnte, durch das er nur das Anrecht erwirbt, nach Ablauf eines weiteren Jahres eine schriftliche Arbeit machen zu dürfen. Misslingt diese, so wäre das ganze Studium vergebens gewesen, der „Kolonialassessor“ fände dann im Kolonialdienst ebensowenig Anstellung wie im heimischen, für den er sich nicht vorbereitet hat. Auch würde der Kolonialassessor sehr viel später ernannt werden als seine Kollegen von der heimischen Justiz oder Verwaltung.

Die koloniale Karriere muss sich soweit als möglich an die herkömmliche Justiz- oder Verwaltungslaufbahn anschliessen, damit diejenigen, die im Tropendienst nicht ihre Befriedigung finden oder sonst für denselben ungeeignet sind, in den heimischen Dienst zurücktreten können. Der Zeitpunkt für den „Kolonialassessor“ im Sinne des Fachexamens ist wohl noch nicht gekommen. Es dürfte daher an der Forderung des Gerichts- oder Regierungsassessor-Examens für den höheren Kolonialdienst oder doch eine Anzahl von

Stellen in demselben vorläufig festgehalten werden.⁴⁾ Dann aber entsteht die Schwierigkeit, wann die Spezialausbildung zum Kolonialdienst stattzufinden hat. Unzweifelhaft wirkt ein eingehendes Studium der Eingeborenenensprachen während des juristischen Vorbereitungsdienstes sehr störend. Mit Recht ist daher von Seiten der Direktion des Orientalischen Seminars der Rath ertheilt worden, möglichst während der 2 ersten Jahre des juristischen Trienniums das Diplom der betreffenden Sprache zu erlangen, da das dritte und letzte Studienjahr durch zeitraubende Nebenstudien nicht in Anspruch genommen werden darf, ohne die juristische Ausbildung zu beeinträchtigen. Nach bestandnem Referendar-Examen würden die Kandidaten neben ihrer Beschäftigung auf dem Gericht zunächst $\frac{3}{4}$ Jahre auf einem kleineren Amtsgericht, dann beim Landgericht, der Staats- und Rechtsanwaltschaft sich die herkömmliche juristische Schulung erwerben, daneben aber in der Lage sein, sich privatim oder durch Besuch der Kurse der Kolonialakademie die erforderlichen Fachkenntnisse für das Kolonialexamen anzueignen. Es würde dies allerdings die Einführung eines zweiten Fachexamens bedeuten, das die nichtsprachliche Seite umfasst. Nach Bestehen desselben könnten sie auf etwa 1 Jahr, statt im Mutterlande, in einem der Schutzgebiete im Vorbereitungsdienste verwandt werden. Es wäre dazu freilich eine Aenderung der Gesetzgebung insofern erforderlich, als in § 3 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 die durch kursiven Druck kenntlich gemachten Worte eingeschaltet werden müssten: „die in einem Bundesstaate *oder Schutzgebiete* auf die Vorbereitung verwendete Zeit kann in jedem Bundesstaate angerechnet werden.“ Die Gerichte, an denen ein anrechnungsfähiger Vorbereitungsdienst zulässig ist, wären durch Verordnung des Reichskanzlers zu bestimmen.

Gerade in der zweiten Amtsgerichtsstation dürfte die Beschäftigung am wenigsten Bedenken unterliegen, besonders

⁴⁾ Praktisch bewährte Nichtjuristen hätten aber ihre Befähigung zur Ausübung richterlicher Thätigkeit durch ein besonderes Examen darzutun. Vgl. S. 68 No. 4a.

bei der Erwägung, dass die gerichtlichen Geschäfte, vor allem in Ost-Afrika, einer schnellen Steigerung unterliegen. Während im Jahre 1891 die Anzahl der vom Kaiserlichen Richter zu Daar-es-Salam erledigten Geschäfte nur 82 betrug (davon Beurkundung von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit 15, Regulirung von Verlassenschaften, Arreste und einstweilige Verfügungen 7, Mahnsachen 4 und Strafsachen 15, von welchen letzteren allerdings nur 5 durch Hauptverhandlung erledigt wurden) sind dieselben im folgenden Jahre auf 235, also annähernd das vierfache, gestiegen. Unter denselben befanden sich 21 Zivilprozesse, 1 Konkursache, 11 Strafprozesse und 87 sonstige Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. In dem Gerichtssprengel des Bezirksgerichts von Bagamoyo war die Thätigkeit des Gerichts allerdings weniger umfangreich. Dennoch dürften nach Ablauf weniger Jahre mehrere Europäer-Gerichte in den deutschen Schutzgebieten vorhanden sein, an denen Referendare mit Erfolg beschäftigt werden könnten.

Ebenso wie im Mutterlande nach zweijährigem Vorbereitungsdienst die selbstständige Wahrnehmung amtsrichterlicher Geschäfte, die Vertretung von Amtsanwälten wie Rechtsanwälten den Referendaren übertragen werden darf, könnte in den Schutzgebieten, wenn auch nur in beschränktem Maasse, nach Ermessen der Behörden eine kommissarische Verwendung derselben erfolgen, so dass bei Ersparung anderweitiger Arbeitskräfte das Kolonialbudget nicht belastet wäre, wenn den jungen Beamten ein die Differenz zwischen der Lebenshaltung hier und in den Tropen darstellender Zuschuss von etwa 3000 Mark gezahlt würde.

Durch einen, wenn auch nur einjährigen Aufenthalt in den Tropen, wäre es der Regierung wie dem Kandidaten ermöglicht, sich ein Urtheil über die Brauchbarkeit beziehungsweise Neigung zum Kolonialdienst zu bilden. Das hätte auch den Vorthail, dass der junge Beamte bei seiner demnächstigen Anstellung schon bis zu einem Grade die Theorie des grünen Tisches mit der Praxis des grünen Busches verbindet. Im entgegengesetzten Falle würde der

Kandidat, nachdem er nach einer weiteren halbjährigen Station beim Oberlandesgericht das Assessorexamen bestanden, als Beamter der Justiz bzw. Verwaltung oder als Anwalt in seinem Fortkommen keine Einbusse erleiden, während jetzt der Eintritt in den Kolonialdienst vor bestandenem Assessorexamen dem Kandidaten einen Anspruch auf Anstellung im höheren Kolonialdienst nicht giebt, nach bestandenem Examen aber im Alter von annähernd 30 Jahren die wünschenswerthen, umfangreichen Kenntnisse nur mit Mühe zu erwerben sind.

Schwerlich dürfte in absehbarer Zeit die Anzahl der so vorgebildeten Kandidaten über das vorhandene oder sich demnächst herausstellende Bedürfniss hinaus wachsen. Was zum Beispiel Ost-Afrika anlangt, so ist die Anstellung von Juristen als Bezirkshauptleute, wohl nur eine Frage der Zeit, was auch die Denkschrift zum Etat von 1893/94 ausführt. Nach ihr⁵⁾ ist das gesammte Schutzgebiet in 6 Bezirksämter (Tanga, Pangani, Bagamoyo, Dar-es-Salam, Kilwa und Lindi) und in zwei Nebenämter (Saadami und Mikinan) eingetheilt. In der Hand der Bezirkshauptleute liegt die gesammte Polizei in ihren verschiedenen Abzweigungen; sie haben für die Sicherheit und Wohlfahrt ihres Bezirkes Sorge zu tragen, den Verkehr mit den Walis in den Städten und den Jumbes (Dorfschulzen) in den Dörfern zu führen und unter ihnen steht die Polizeitruppe. Vorbehaltlich der Genehmigung des Gouverneurs können die Bezirkshauptleute im öffentlichen Interesse Polizeiverordnungen erlassen und in ihnen Geldstrafen bis 30 Rupies und Haft bis zu einer Woche androhen. Die Festsetzung der Strafe erfolgt durch Strafbefehl, gegen welchen Beschwerde an den Gouverneur zulässig ist.

Dem Bezirkshauptmann untersteht namentlich die Fremdenpolizei; er führt Fremdenregister und beaufsichtigt das gesammte Sklavenwesen. Vor ihm werden die Loskäufe der Sklaven verlaublich und von ihm die Liste der befreiten

⁵⁾ Vgl. Meinecke, Koloniales Jahrbuch. Jahrg. 1892 S. 296—299.

Sklaven geführt. Die Zuständigkeit des Bezirksamts ist eine verschiedene gegenüber den Farbigen und gegenüber den Europäern. Den Farbigen gegenüber ist der Bezirkshauptmann Zivil- und Strafrichter. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten entscheidet er in erster und letzter Instanz in allen Streitsachen, deren Werth 1000 Rupies nicht übersteigt. Bei höheren Streitgegenständen ist Berufung an den Gouverneur zulässig. Die Verhandlung ist eine öffentliche in dem sogenannten Schauri. Die Grundlage für die materielle Entscheidung bildet das bisherige mohammedanische Gewohnheitsrecht. Grosse Schwierigkeiten verursachen Prozesse über den Status, Ehesachen, Grundstücksstreitigkeiten u. a. m. Hierfür fehlt es bisher noch an einem Lehrbuch und die Verhandlungen dauern oft sehr lange, bis festgestellt ist, was als geltendes Recht anzusehen sei. In Strafsachen Farbigere sind die Vorsteher der Bezirksamter ermächtigt, in erster und letzter Instanz Geldstrafen bis zu 200 Rupies und Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten zu verhängen. Die materielle Grundlage für die Entscheidung beruht auf den Begriffsbestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches, das als Richtschnur dient. Von dem Bezirksamt Kilwa z. B. sind im letzten Jahre Farbigen gegenüber 70 Urtheile in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und 35 Entscheidungen in Strafsachen ergangen. Der Bezirkshauptmann ist endlich auch Nachlassrichter und übt die freiwillige Gerichtsbarkeit aus. Auch diese findet nach altem Herkommen in öffentlichem Schauri statt und nimmt eine erhebliche Zeit in Anspruch, da die Verbriefung der Abkommen von Alters her üblich ist und hier Fragen des Immobiliär-Statuts und Güterrechts berührt werden, die den deutschen Beamten nicht geläufig sind. Die Anordnungen des Bezirksamts werden im Schauri bekannt gemacht, dort werden auch die Berathungen hierüber gepflogen und von den Theilnehmern Anträge gestellt und Anfragen gerichtet. Wer an den Schauri's Theil nimmt, ist nicht gesetzlich bestimmt, sondern beruht auf dem Herkommen und dem Ansehen. Für Klagen und Beschwerden steht jedermann das Schauri offen.

An jedem Sitze des Bezirksamtes finden mindestens zweimal wöchentlich Schauris statt, nicht selten aber viermal. Auch dauern die Sitzungen mehrere Stunden, da der Orientale gewohnt ist, die Berathungen lang auszuspinnen und, da die Arbeit im Felde oder zu Hause Sklaven überlassen ist, sich selbst für diese Berathungen die ausgiebigste Zeit gönnt. Auch ausserhalb der Schaurizeit ist der Bezirkshauptmann dauernd von Eingeborenen Gesuchsstellern in Anspruch genommen. Europäern gegenüber hat der Bezirkshauptmann das Recht, Vergleiche abzuschliessen, gerichtliche Anträge entgegen zu nehmen und die Ermächtigung, Zeugen zu verhören. Erbschaften sind von ihm vorläufig zu sichern und die Massen an das Bezirksgericht abzuliefern. In Strafsachen liegt dem Bezirkshauptmann die Feststellung des Thatbestandes und das vorbereitende Verfahren, sowie in den gegebenen Fällen die Festnahme des Angeschuldigten ob. Bisher sind die Bezirkshauptleute bzw. die Stationschefs aus der Zahl der Offiziere der Schutztruppe genommen. Mehr und mehr stellt es sich heraus, dass diese Einrichtung nicht haltbar ist. Wie sich aus der obigen Darstellung über die Thätigkeit der Bezirksamter ergibt, setzt dieselbe ein solches Maass von juristischen und administrativen Kenntnissen voraus, dass es nur selten gelingt, aus den Offizieren der Schutztruppe geeignete Verweser für diesen Posten zu finden, der an sich dem militärischen Beruf sehr fern liegt. Es erscheint daher geboten, die Bezirksamter allmählich mit geschulten Civilbeamten zu besetzen.

Die jetzt schon vorhandenen 8 Stellen dürften sich bei dem Fortschreiten der Kolonisirung, besonders in Usambara und in den Seengebieten auf etwa zwölf erhöhen, sodass mit den schon vorhandenen drei richterlichen Beamten, deren Anzahl ebenfalls vermehrt werden dürfte, allein für Ostafrika mindestens 15 höhere Beamtenstellen zu besetzen wären, zumal soeben durch die Verordnung vom 2. Mai 1894 die Ausdehnung des deutschen Verwaltungsapparates über das eigentliche Schutzgebiet hinaus auf die gesammte deutsche Interessensphäre angebahnt ist. Wird auch nur die gleiche

Anzahl von höheren Beamtenstellen in allen übrigen Kolonien zusammen angenommen, was bei der in Angriff genommenen Besiedelung von Südwestafrika niedrig gerechnet erscheint, so ergibt sich, dass abgesehen von dem Bedarfe für den inneren Dienst nach der voraussichtlichen Entwicklung in den nächsten fünf Jahren etwa 30 höhere Beamte Verwendung finden können, deren allseitige Vorbildung eine ebenso wichtige, als schwierige Aufgabe ist.

Was das Alter der auszusendenden Beamten anlangt, so sei hier nur auf eine in dem amtlichen Kolonialblatt⁶⁾ als authentisch bezeichnete Mittheilung des „Soldaten-Freund“ hingewiesen, nach der bei der Kommandirung zur Schutztruppe das Alter von 24—27 Jahren als das widerstandsfähigste bevorzugt wird, während alle über 30 Jahre alten Leute von vornherein als nicht besonders geeignet angesehen werden.“ Dieselbe Maxime muss auch für die Civilbeamten gelten: durch den vorgeschlagenen Bildungsgang dürfte es auch ohne Trennung der kolonialen von der heimischen Justiz- und Verwaltungskarriere ermöglicht werden, die Kolonialkandidaten in dem günstigsten Alter von etwa 25 Jahren an den Aufenthalt in den Tropen zu gewöhnen und so für später widerstandsfähiger zu machen.

Nicht immer können Einrichtungen, die sich in dem einem Lande bewährt haben, mit gleichem Erfolge in das andere verpflanzt werden. Vor allem muss bei den Vergleichen der alten holländischen und englischen Kolonien mit dem jugendlichen deutschen Besitz auf das vorsichtigste vorgegangen werden, wenigstens was die Einzelheiten der Ausführung anlangt. Die oben unter IV aufgestellten Grundsätze dürften sich aber bei näherer Betrachtung als das praktische Resultat der langjährigen Erfahrungen der fremden Kolonialstaaten erweisen. Dieselben in die Praxis umzusetzen, könnte nur dem gemeinsamen Vorgehen der verschiedenen beteiligten Behörden und privaten Kreise gelingen. In ähnlicher Weise, wie für die jungen Juristen,

⁶⁾ Jahrgang 1890 S. 11.

würde sich eventuell auch für die jungen Verwaltungsbeamten ein Modus finden lassen, schon während ihrer Vorbereitungszeit den Kolonialdienst praktisch kennen zu lernen. Die Fachvorbildung sollte endlich nicht auf die juristischen Beamten beschränkt bleiben, sondern auch auf die anderen Berufe, insbesondere die der Tropenpflanzer und Forstpraktikanten, ausgedehnt werden. Vorschläge betreffs der ersteren macht ein Aufsatz im „Kolonialen Jahrbuch“ (Jahrgang 1893, S. 142 fg.), der die Einrichtung einer praktischen Vorbereitungsschule für Tropenpflanzer, zu denen sich am besten praktisch und theoretisch gebildete Landwirthe eignen, event. in Verbindung mit der Anstalt für die Kolonialbeamten, empfiehlt. Inwieweit eine derartige Verbindung möglich und ein gemeinsamer Unterricht für die künftigen Beamten und Pflanzer etc. durchführbar ist, lässt sich nicht kurzer Hand entscheiden. Jedenfalls legt schon die Erwägung dieser Frage den Gedanken nahe, die Ausbildung ganz oder zum Theil aus der Hauptstadt nach der Umgegend, vielleicht innerhalb der Grenzen des Vorortverkehrs, zu verlegen, wofür auch schon andere Gründe geltend gemacht sind. Doch praktische Vorschläge für die Ausgestaltung im Einzelnen zu machen, kann, wie schon angedeutet, nicht die Aufgabe dieses Schriftchens sein.

Wenn der Verfasser hoffen darf, durch seine Darstellung der jetzigen Lage der kolonialen Ausbildung in Deutschland einigen jungen Kollegen einen Dienst erwiesen und durch die Schilderung der ausländischen Verhältnisse zu einer weiteren — vielleicht internationalen — Behandlung der wichtigen Frage angeregt zu haben, so hat er seinen Zweck vollkommen erreicht. In den älteren Kolonien hat sich überall der Kolonialdienst zu einem Lebensberuf entwickelt. Die Schaffung einer Kolonialkarriere bietet die besten Garantien für die Tüchtigkeit der Beamten, an die gerade bei der Einrichtung und Erweiterung der Verwaltung die schwierigsten Aufgaben herantreten, und damit zugleich für die schnelle und gedeihliche Entwicklung unserer Kolonien.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W.

Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag.

Asiatische Handlungskompagnien

Friedrichs des Grossen.

Ein Beitrag

zur

Geschichte des preussischen Seehandels und
Aktienwesens.

Von

Viktor Ring,

Richter am Landgericht I Berlin.

Preis M. 8,50, bei postfreier Zusendung M. 8,80,
gebunden M. 10, bei postfreier Zusendung M. 10,50.

Deutsche Kolonialgesellschaften.

Betrachtungen und Vorschläge

von

Viktor Ring,

Richter am Landgericht I Berlin.

Preis M. 3, bei postfreier Zusendung M. 3,20.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W.

Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag.

Brandenburg-Preussens
Kolonial-Politik

unter dem

Grossen Kurfürsten und seinen Nachfolgern (1647—1721)

von

Dr. jur. Richard Schück,

Landrichter.

Mit einer Vorrede

von

Dr. jur. Paul Kayser,

Wirklichem Geheimen Legationsrath.

Zwei Bände.

Preis M. 24, bei postfreier Zusendung M. 24,50.

Koloniales Jahrbuch.

Herausgegeben von

Gustav Meinecke.

Erster bis sechster Jahrgang.

Die Jahre 1888, 1889, 1890, 1891, 1892 und 1893.

Preis je M. 6, bei postfreier Zusendung je M. 6,30,
in Halbfranz gebunden je M. 7,50, bei postfreier Zusendung je M. 8.

Druck von Julius Sittenfeld in Berlin W.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W.

Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag.

Leitfaden zur Erlernung
der
Malayischen Umgangssprache
(Küstenmalayisch.)

Von
Dr. Richard Hindorf.

Preis kart. M. 2, bei postfreier Zusendung M. 2,10.

Wortschatz der Khoi-Khoi.
(Namaqua-Hottentotten).

Gesammelt, aufgeschrieben und verdeutscht
von

J. G. Kroenlein,
Missionssuperintendent.

Herausgegeben mit Unterstützung der Königlichen Akademie
der Wissenschaften.

Preis M. 25, bei postfreier Zusendung M. 25,50.

Leitfaden zur Erlernung
der
Dualla-Sprache in Kamerun.

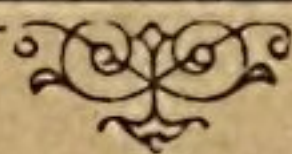
Mit Lesestücken, einem Dualla-Deutschen und einem
Deutsch-Dualla Wörterbuch.

Von
A. Seidel.

Preis M. 3, bei postfreier Zusendung M. 3,10.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W.

Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag.



Weissbuch.

Vorgelegt dem Deutschen Reichstag.

Erster Theil, enthaltend die Aktenstücke über Togogebiet, Biafra-Bai, Angra-Pequena, Deutsche Interessen in der Südsee und Bericht des kaiserlichen Consuls in Canton, betr. die Dampferlinie des Oesterr. Lloyds nach Ostasien.

Zweiter Theil: Deutsche Landesreclamationen auf Fidji und Deutsche Interessen in der Südsee. II.

Dritter Theil: Congo-Frage (mit Karte), Egypten.

Vierter Theil: Aufstand in Ostafrika.

Fünfter Theil: Samoa.

Sechster Theil: Samoa. II. Aufstand in Ostafrika. II.

Siebenter Theil: Deutsche Interessen im Nigergebiete (mit Karte). Aufstand in Ostafrika. III.

Achter Theil: Aufstand in Ostafrika. IV. Samoa. III.

Neunter Theil: Ermordung von Deutschen im Sultanat Witu. Aufstand in Ostafrika. V. Aktenstücke betr. Abmachungen des Reichs mit Frankreich, Grossbritannien, sowie der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zur Regelung der Verhältnisse in Ostafrika.

Zehnter Theil: Ostafrika.

Elfter Theil: Vorgänge in Chile, I.—IV. Abschnitt.

Zwölfter Theil: Vorgänge in Chile, V.—VIII. Abschnitt.

Dreizehnter Theil: Samoa. IV.

Preis Theil I—X je M. 4, postfrei M. 4,20.

„ „ XI—XIII „ M. 5, postfrei M. 5,30.

69.

75



Beneke, Max

Die Ausbildung der Kolonialbeamten im Auftrage der deutschen
Kolonialgesellschaft unter Benutzung amtlicher Quellen dargestellt

Berlin 1894

H.e.e. 11 n

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11613121-4